

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 13. Mai 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechs-spaltige Colonelle ober dem Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pfg., „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inspecula für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnements - Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

### Ein heiteres Zwischenspiel.

Fünf Jahre. XII. \*)

Märchen vom Kaninchenstaat, wo bist du? — Und wo bleibt die actige Geschichte von den Socialdemokraten, die alles teilen wollen? — In welcher Kathedrale ruhen die Gebeine der heiligen Sparagmus? Alle die frommen Legenden, die man der Masse mit so vielem Eifer vortrug, sind ausgefressen, seitdem auch die letzte Kuhmagd von Stallpönnen sie nicht mehr glauben will.

Die Arbeiter sind die modernen Barbaren. Sie werden alle Tempel der Schönheit zertrümmern, alle Dürer und Raffael der Zukunft zu Erdarbeiten kommandieren und die Kunstschätze der Vergangenheit als Strohpflaster oder als Heizmaterial verwenden. Und so rief man Dichter, Künstler, Gelehrte zum Kampfe gegen diese revolutionären Vandalen auf.

Aber im Mai des Jahres 1900 schrieb der konservative Professor Hans Debrü in seinen „Preussischen Jahrbüchern“:

Einen glänzenden Beitrag hat jetzt die Socialdemokratie mit der Iox Heizung geliefert. Auch wir haben uns ja gegen dieses Gesetz erklärt und könnten uns ja insofern auch der reinen Siegesfreude hingeben. Wenn wir dennoch die ganze Aktion sachlich nicht bloß als einen Sieg, sondern in gewisser Richtung als eine Niederlage ansehen, so liegt diese Niederlage in der That, daß wir diesen Sieg der Socialdemokratie verdanken und die deutsche Bildung wie der deutsche Liberalismus sich nicht aus eigener Kraft haben behaupten können. Die allgemeine Erregung der literarischen und künstlerischen Kreise in Deutschland gab den unentbehrlichen Untergrund ab, aber den Sieg verleiht erst die Entschlossenheit und taktische Geschicklichkeit der socialdemokratischen Fraktion. Kunst, Wissenschaft und Bildung haben sich in Deutschland unter die Fittiche der Socialdemokratie fügen müssen! Jeder Gedanke, mit Scharfmacherei und Unsurzbeziehung der Socialdemokratie etwas anhaben zu wollen, muß jetzt schwinden. Wer sich so weit, diese Partei schon gar nicht mehr entschrecken zu können.

Welche Wendung! Kunst und Poesie geraten in Gefahr, den Bestimmungen eines Zuhältergesetzes unterstellt zu werden, und fächten sich in den Burgfrieden der modernen Vandalen. Die aber, Tartaristen und Bananen, welche die deutsche Bildung mit den entbrendlichen Zumutungen bedrohten, das sind eben die Herren, die die deutsche Intelligenz zu feilen Verteidigungscadres gegen die Angriffe der kunstfeindlichen Empörereclotte formierten wollten. Von den Glaubenssätzen der heiligen Ordnung ist damit wieder einer gefallen, und es stellt sich heraus, daß das gerade Gegenteil von ihm die Wahrheit ist.

Der Kampf um die Iox Heizung ist aber auch schon darum besonders interessant, weil er seinem Gegenstande nach aus dem Rahmen des Massenkampfes herausfällt. Keiner von beiden Seiten betrat in ihm die wirtschaftlichen Interessen einer bestimmten Gesellschaftsklasse; es waren also nur Gegensätze der Weltanschauung, der geistigen Verfassung und des Bildungszustandes, die hier aneinandersprallten. Eine Dummheit, die zu einem bestimmten Zwecke gemacht wird, mag den Kreisen, denen sie dienen sollte, des guten Willens wegen immer entschuldigbar erscheinen; hier aber war die Dummheit absolut und Zweck für sich selbst.

Wenn die Klassengefaltung des konservativ-antifemistisch-merikanischen Keuschheitsartikels dennoch im langwierigen Streite um das Zuhältergesetz zum Durchbruch kam, so geschah das nicht durch seine Thaten, sondern durch seine Unterlassungen. Der ursprüngliche Entwurf des Centrums hatte nämlich nicht nur die Künstler bedroht, die sich unterstanden, einen Menschen ohne Kleider zu malen, sondern auch gegen die Arbeitgeber, die ihre wirtschaftliche Uebermacht zu unethischen Handlungen an ihren Untergebenen benutzten. Die Regierung erhob dagegen Einspruch, und die Stillen vom Lande unterwarfen sich. Das ungeschriebene Recht der ersten Nacht, das die bestehenden Klassen gegenüber den Frauen der Besitzlosen alle Zeit für sich in Anspruch genommen hatten, sollte dem Centrumsnaben unangetastet werden. Mit desto größerem Feuerifer wandte sich nun die heilige But der Frommen gegen die Darsteller des menschlichen Leibes und der menschlichen Liebe:

Am 12. März des Jahres 1900 erschien das also gereinigte Scham- und Schandgesetz vor dem Reichstage. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 600 M. sollte bestraft werden, wer Schriften, Abbildungen oder Darstellungen, welche, ohne unzüchtig zu sein, das Schamgefühl gröblich verletzen, 1. zu geschäftlichen Zwecken an öffentlichen Straßen, Plätzen oder andern Orten, die dem öffentlichen Verkehr dienen, in dergleichen erregender Weise ausstellt oder anschlägt, 2. einer Person unter 16 Jahren gegen Entgelt überläßt oder anbietet. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder 1000 M. Geldstrafe wurde bedroht, wer innerhalb öffentlicher Schaustellungen, Aufführungen oder Vorträgen von Gesangs- und sonstigen Unterhaltungsständen öffentlich ein Vergernis giebt durch eine Handlung, welche, ohne unzüchtig zu sein, das Schamgefühl gröblich verletzt.

Von Pragmatik bis Klinger haben die Künstler auf das Schamgefühl der Gutgeleiteten keine Rücksicht genommen. Homer und die Verfasser des alten Testaments haben ohne unzüchtig zu sein, das Schamgefühl gröblich verletzt, und die Modernen haben ihnen in ihrem strafwürdigen Beginnen nachlos nachgeeifert. Dessen schämten sich die Arenberg, Gröber, Spahn, Kardorff, Dertel und Liebermann v. Sonnenberg, dem Schuyman und dem Staatsanwalt sollte Gelegenheit gegeben werden, gegen den Unfug einzuschreiten.

Das Zuhältergesetz gegen die Kunst hatte kein viel besseres Schicksal als das Zuchthausgesetz gegen die Arbeit. Daß es aber die Arbeiter bisher besser verstanden hatten, ihre Rechte und Freiheiten zu vertreten als die Dichter und die Künstler, das bewies der

Umstand, daß sich im Reichstage doch eine kompakte Majorität gegen das Gesetz zusammensand, und daß es erst in einem erbitterten parlamentarischen Kampfe gelang, die unzüchtige Ueberreiztheit des bürgerlichen Schamgefühls in ihre Schranken zu weisen.

In diesem Kampfe hatte die Socialdemokratie die Führung übernommen. Sie trieb „rein mechanische, blind tappische Obstruktion“, wie Herr Eugen Richter heute sagen würde, indem sie das schamhafte Scheusal mit einer Masse von Abänderungsanträgen behüllte, namentliche Abstimmungen beantragte und der Rechten die Sorge um die Beschlußfähigkeit des Hauses überließ. Ein schwarzes Gewimmel unbekannter Gestalten war reich zusammengetrommelt worden, weder Geschickte noch Geschorene wollten es veräunten, dabei gewesen zu sein, wo der Kunst der Hals gebrochen wurde.

Schließlich wurden sie müde. Herr Richter — seiner verflochtenen Ehre sei diese Anerkennung gerne gewährt — hatte bei der „rein mechanischen und blind tappischen Obstruktion“ tapfer mitgeholfen, und als gar auch Herr Wassermann mit den Seinen drohte, zu jener kampfsweise überzugeben, die er später als den Ruin des Parlamentarismus erlang, war sein Halten mehr. Vom ganzen Heuschreckengeheiß blieb nichts übrig als die lächerliche Bestimmung:

Wer Schriften, Abbildungen oder Darstellungen, welche, ohne unzüchtig zu sein, das Schamgefühl gröblich verletzen, einer Person unter 16 Jahren gegen Entgelt überläßt oder anbietet, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 600 Mark bestraft.

Der geistreiche Begriff der gröblichen aber nicht unzüchtigen Verletzung des Schamgefühls blieb also zum ewigen Andenken erhalten. Dagegen waren Dichtung und Kunst vor dem Gefängnis gerettet worden und eine Vlamage, die sonst auf die ganze reichsdeutsche Gesetzgebung gefallen wäre, blieb gerechterweise auf ihre Urheber beschränkt.

In brutalen Versuchen, das Recht der Minderheit zu beugen, hat es damals auch schon nicht gefehlt. Und schon damals war die Rollenverteilung die gleiche: Herr Spahn mußte Mauer stehen und Herr Gröber brach ein. Wenn es gleichwohl damals nicht zum äußersten kam, so erklärt sich das daraus, daß es sich damals nur um etwas handelte, was die Herren von drüben, „die idealen Hüter der Nation“ zu nennen pflegen, also um das Problem echter oder falscher Sittlichkeit, während später im Zollkampfe der Geldbeutel in Frage stand. Was die Rechte nicht that für ihre Ideale, das hat sie später für ihr Geschäft gethan.

Damals hatte für Herrn Wassermann Herr v. Kardorff die Rolle des Jeremias übernommen, und gar beweglich klagte er über den Niedergang des Parlamentarismus. Herr Liebermann v. Sonnenberg begrifferte sich bei dieser Gelegenheit sogar für den Staatsstreich, indem er sagte:

Es muß dadurch der Wunsch nach einer Form der Volksvertretung erzeugt werden, deren Arbeit nicht solchen Zwischenfällen ausgelegt ist. Man kann dabei vollkommen dahingestellt lassen, wie diese Form beschaffen sein soll.

Und indem Herr Kropatschka einem Redner der Linken „Maul halten!“ zurief, gab er einen Vorgeschmack des guten Tones, den er bei späteren Kämpfen so reichlich befundet hat.

Darf alles nicht! Die Zuhälter der Polizei hielten es damals noch nicht für angebracht, sich zu demaskieren. Ohne den schändlichsten Gewaltstreich war die entschlossene Minderheit nicht unterzuliegen, und die Iox Heizung fiel. Nur eine hohe Säule zeigt von geschwundener Pracht.

Die Kunst steht über den Parteien, hieß es dordem. Die Kunst weiß heute, wie sie sich zu den Parteien verhalten muß, wenn sie ihnen nicht unter die Füße geraten und zertrampelt werden will. Und sie weiß heute, wo die modernen Vandalen stehen, und daß die deutschen Arbeiter diese Vandalen nicht sind. Und wenn sie's wären — nochmals und dreimal, sie sind es nicht — so wäre der medicaischen Venus tausendmal besser, daß sie ehrlische, rohe Kraft zerschläge, als daß eine heuschreckische Keuschheitskommission ihren nackten Marmorleib auf Schamlosigkeit prüfte und in den Schmutz ihrer Gemeinheit herabzöge.

Frei die Arbeit und frei das Wort! Frei die Kunst und frei das Lied! Indem die Partei der Arbeiter unter dieser Parole in Reih und Glied die Schlichterin aller bestehenden Kultur, die Pflegerin aller kommenden geworden. Es ist nicht mehr bloß eine Klassenfrage, es ist eine Bildungs- und Kulturfrage, zu welcher Partei sich die deutsche Geistesarbeit bekennen will.

### Wahlkampf.

Die Kinder der Sparagmus.

Am Montagabend hatte sich ein freisinniger Bezirksverein des zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreises in der Stärke von 62 Mann im Restaurant Bellealliance 22 zu einer Wahlversammlung zusammengefunden. Die Versammlung war einzig in ihrer Art, denn hier offenbarten die edlen Freisinnigen den wahren, verblüffenden Offenheit ihre tiefinnerste Abneigung gegen das Konstitutionsrecht der Arbeiter. Bevor sie jedoch ihren gepreßten Herzen in dieser Hinsicht Luft machten, produzierten sie sich zunächst nach einer andren Richtung hin. Es ist ja bekannt, daß sich freisinnige Versammlungen sehr unvoreilhaft von socialdemokratischen unterscheiden. Bei uns der Massenandrang von Männern und Frauen, lebhaftes Unterhalten vor dem Vortrage, frische zwerfische Kampfbestimmung. Bei jenen spärliches Einzelerfahrungen bonnetter Bürgermänner, steife förmliche Begrüßungen, unzüchtige Widlinge. Nur hin und wieder wechseln Tischnachbar ein paar Worte miteinander. Es ist als trauere einer dem andern nicht über den Weg. Die ganze Atmosphäre in solchem Konventikel ist schüchtern und gedrückt. Endlich besteigt der Vorsitzende das Podium, hier war es ein Herr Stahl. Seine einleitenden Worte bestanden in einer pathetischen Begrüßung und Beweihräucherung der zum Vortrage er-

schienenen Herren Dr. Langerhans und Kreitling. Bald redete sich der Vorsitzende derartig in Eifer, daß es selbst seinen Freunden schwall dabei wurde. Eine unwillkürliche Erschütterung des Zwergsessel rief es hervor, als er unter Kämpelmann-artigen Bewegungen den Landtags-Abgeordneten, jetzigen und früheren Reichstags-Kandidaten Kreitling mit folgenden Worten feierte: „Meine Herren, dieser Mann ist der Mann, der von uns allen als wirklicher Freisinnsmann bezeichnet werden muß; ein Freisinnsmann, ein Fortschrittsmann vom Scheitel bis zur Sohle.“ Hierauf nahm der fast 83jährige Dr. Langerhans das Wort. Nach einigen gewitzten Ausführungen über Junker und Pfaffen beschäftigte er sich hauptsächlich mit der Socialdemokratie. Unter andern meinte er, das rapide Wachstum der Socialdemokratie sei größtenteils auf die schlechten Befehle zurückzuführen, die viele Bürger unzufrieden gemacht haben und sie dadurch der Socialdemokratie in die Arme getrieben hätten, ohne daß sie innerlich Socialisten sind. Vielleicht würde dieser Lieberlaus bei der diesjährigen Wahl noch schärfer in die Erscheinung treten wie früher, deshalb werde Kreitling sehr schwer um die Eroberung dieses Kreises kämpfen müssen, jedenfalls bedeutend schwerer als bei der 98er Wahl, wo sein mühsam errungenes Mandat obendrein noch zu Gunsten der socialdemokratischen Partei kassiert wurde. Es sei tief bedauerlich, daß die Arbeiter, die früher die stärkste Stütze der Fortschrittspartei gewesen seien, nach und nach fast völlig von dieser Partei abgefallen sind. Verdammen könne er sie deswegen nicht, denn das Völkertum habe es rechtzeitig veräumt, etwas für die Arbeiter zu thun, für die sich im wesentlichen nichts gebessert habe. Redner erinnerte dann an die längst vergangenen Zeiten, wo die Fortschrittspartei einmal ein wirklicher politischer Machtfaktor gewesen ist. Der Vergleich zwischen einst und jetzt verleihe den Kreis förmlich in eine elegische Stimmung und seine Ausführungen klangen fast als wären sie eine Grabrede für den Freisinn. Bis dahin hatte sich der Vortrag des Redners auf einer gewissen politischen und geistigen Höhe gehalten. Doch mit einemmal wurde dies anders, als er das Koalitionsrecht der Arbeiter berührte. Streiks müßten allerdings gestattet sein, doch soweit dürfe die Arbeiterschaft nicht gehen, den Arbeitgeber durch einen Streik zu zwingen. Ihm unliebbare Arbeiter wieder einzustellen. Der Arbeitgeber muß unbedingt das Recht haben, Streiksriede aus seinem Betriebe zu entfernen, er müsse beschäftigten können, wer ihm angenehm ist. Deshalb habe auch der Eisenbahnminister recht, wenn er sage, das Koalitionsrecht wolle er keinem Arbeiter nehmen, doch sein Personal wolle er sich selbst aussuchen. Es sei einfach Terrorismus, wenn die Arbeiter sich dem Arbeitgeber gegenüber ein Mitsbestimmungsrecht betrefis Einstellung und Entlassung von Kollegen anmaßten; der Arbeitgeber müsse Herr in seinem Hause bleiben. Wenn das so weiter gehe, dann dränge sich die Socialdemokratie bald in die Produktionsverhältnisse ein, deren gänzliche Umänderung sie ja bekanntlich erstrebe, und das sei das Ende der ganzen Gesellschaftsordnung. Dahin aber dürfe es nicht kommen, deshalb sei die Hauptaufgabe in diesem Wahlkampfe: Rücksichtslos Kampf gegen die Socialdemokratie. „Weden Sie, meine Herren,“ sagte der Redner, „wenn noch 50 bis 60 Socialdemokraten mehr gewählt werden, dann kommt es zur Revolution, und dann werden die armen Menschen alle totgeschossen, das wäre doch schrecklich.“

Es war als wenn diese Redewendungen die ganze Versammlung aus dem Konzept gebracht hätten. Nichts mehr von hohen politischen Gesichtspunkten, nichts mehr von programmatifchen Erörterungen — nein, die ganze nun folgende Rede war fast einfach auf das Geistesniveau einer Hirsch-Dunderschen Branchenversammlung herab, in der über die Berechtigung von Streiks oder die Zweckmäßigkeit von Tarifverträgen debattiert wird. Herr Kreitling erzählte Schauermärchen über den Terrorismus der Arbeiter. Gute brave Arbeiter hätten schon häufig zu ihren Arbeitgebern gesagt: Ach ich muß ja mitstreiken, sonst schlägt man mich tot. Die Arbeiter müßten in sich gehen, denn sie und die Arbeitgeber gehören zusammen. Bei Differenzen sollten sie Schiedsgerichte anrufen, denn kein Arbeitgeber würde sich weigern, mit den Arbeitern zu verhandeln. (Herr Kreitling muß offenbar jahrelang geschlafen haben, sonst hätte er jedenfalls schon einmal etwas von den berechtigten „Rücknahmern“ gehört, die jede Verhandlung mit den Vertrauensleuten der Arbeiter ohne weiteres ablehnen, obwohl die Arbeiter dazu stets bereit sind.) Doch wenn auch die Arbeiter mitunter für gütliche Weileigung von Differenzen seien, so schäre doch die Socialdemokratie immer wieder den Streit, weil sie ein Interesse daran habe. Haß und Unfrieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu säen. Rastlos lautete der Schlußrefrain dann: Kampf gegen die Socialdemokratie, von allen die wir recht stehen bis zur freisinnigen Volkspartei.

Ganz derselben Ansicht war der Vorsitzende Stahl. Auch er wußte aus „eigner Erfahrung“ Juratidores über den Terrorismus der Arbeiter zu erzählen und meinte: „Wenn ein Arbeiter nur vernünftig wirtschaftet, dann hat er absolut keinen Anlaß zum Streik.“ Im übrigen verlangte er, falls Kreitling gewählt werde, solle sich dieser ebenfalls energisch gegen das zu schnelle Tempo in der Socialreform wenden. Unter Berufung auf die „unerhöht hohe“ Belastung der Arbeitgeber durch das Unfallversicherungs-Gesetz rief er an: „Wer sorgt für uns, wenn wir invalide werden, niemand; die Arbeiter aber erhalten alles“. Offenbar hatte dieser Herr den meisten der Anwesenden aus der Seele gesprochen, was der ihm gespendete Beifall bewies. Es war echt Stummischer Geist in die Versammlung eingezogen.

Ein Vorstandsmitglied Namens Mattes schien denn auch zu merken, daß seine Bemerkungen gar zu offen ihre arbeitfeindlichen Gedanken ausgesprochen hatten. Er suchte deshalb zu bremsen, indem er bemerkte, es sei doch möglich, daß von den Neupflegern des gerechten Verordners etwas nach anhen dringe und daß Manne unter Umständen doch recht unangenehme Folgen für den Freisinn des zweiten Wahlkreises haben; jedenfalls würden die Socialdemokraten nicht zögern, derartige Ansprüche gegen die Freisinnigen auszusprechen.

Wiso lediglich die Besorgnis, daß diesen Herrschaften durch eine Tölpelhaftigkeit die arbeitfeindliche Klasse vom Gesicht gerissen werden könnte, veranlaßte diesen Redner zu einigen mißbilligenden Bemerkungen. Dafür wurde er dann auch mit Schlußrufen traktiert.

Der Vollständigkeit halber sei noch angeführt, daß auch einigen Hirsch-Dunderschen Gewerksinnern der Tabak ihrer Geistesgrößen

\*) Vergl. Nr. 106 des „Vorwärts“.

zu stark war. Sie versuchten zu opponieren, fanden jedoch keinen Anhalt.

Als der Vorsitzende dann die Debatte schloß, schienen sämtliche Anwesenden von dem Verlauf nicht besonders erbaut zu sein. Sie mochten einsehen, daß sie ihre Karten zu offen aufgedeckt hatten. Die Arbeiterschaft aber weiß längst, was sie von dem Freisinn zu erwarten hat. Der sich in so erregter Weise über das Koalitionsrecht zu äußern vermag, der giebt schließlich auch freudig, wenn der Profit zu leiden droht, seine Zustimmung zur Befestigung des Wahlrechts.

### Die schimpfenden Konservativen.

Im rat- und hilflosen Adjakturs wird in der Agitation zu den Reichstagswahlen von unsrer Berliner Begnert gesteuert. Bald umschmeichelt sie den Arbeiter mit heuchlerisch-freundlichen Worten, bald wieder schuldern sie während ihm die größten Schmähdungen ins Gesicht.

Ein regelrechtes Schimpfkoncert wurde am Montag von den Konservativen des vierten Berliner Wahlkreises in einer nach der Franzfurterstraße einberufenen Versammlung veranstaltet. „Die Gegner sind hiermit eingeladen“, stand mit großen Buchstaben auf den merkwürdigerweise roten Zetteln, die an den Anschlagtafeln prangten. Aber der Vorsitzende begrüßte bei Eröffnung der Versammlung die erschienenen Nichtkonservativen gleich mit den Societ: „Glauben Sie nicht, daß wir annehmen, Sie überzeugen zu können. Wir haben hier eine Versammlung nationaler Wähler und wollen nur diese in ihrer Ueberzeugung befestigen.“ Es war offenbar in dieser Versammlung von vornherein darauf abgesehen, die Socialdemokraten zu beschimpfen.

Zur Unterstützung ihres Kandidaten Schriftsteller Wegner, der vor acht Tagen selbst manchem seiner Parteigenossen zu dürftig gesprochen hatte, war diesmal ein Schriftsteller Schmidt herangezogen worden, aber dieser Unglückliche spielte eine womöglich noch lässlichere Rolle. Herr Schmidt und nach ihm Herr Wegner sprachen nur gegen die Socialdemokratie; den Freisinn erwähnten sie mit keinem Wort. Bei den in der Versammlung anwesenden Socialdemokraten ernteten sie mit dem „sachlichen“ Teil ihrer Ausführungen einen Heiterkeitserfolg — durch ihre Schimpfereien riefen sie tumultuarische Auftritte hervor. Schmidt widerholte die blödsinnige Füge, die Socialdemokratie billigt den Meineid, im „Vorwärts“ habe es gestanden, und Wegner leiste, die Socialdemokraten seien „vaterlandslose Gesellen“, seien „Gente“, mit vollem Recht sei „aus hohem Munde“ dieses Wort gefallen, und so weiter.

Es sollte sich eigentlich von selber verstehen, daß Socialdemokraten sich mit solchen — Gegnern nicht länger in Versammlungen herumschlagen.

### Herr Dohna und die Landarbeiter.

Im Wahlkreise Königsberg - Fischhausen, in dem unsre Partei gute Aussichten hat gegenüber dem Fürsten Dohna, dem Special-Kandidaten des deutschen Kaisers, kam es am Sonntag im Orte Schaaken zu einer dem Fürsten und seinem hochfudalen Gefolge recht unangenehmen Zwischenfall. Zwar hatte man zunächst die Versammlung gehörig geleubert. Bevor der Fürst das Wort erhielt, forderte der Leiter der Versammlung alle diejenigen, die nicht auf dem Boden absoluter Königtums stehen, auf, den Saal zu verlassen. Die anwesenden Insulten und Arbeiter der umliegenden Güter verließen hierauf bis auf einzelne Ausnahmen ruhig den Saal. Ein Gleiches thaten einige Genossen aus Königsberg, die sich, von einer Agitationstour zurückgekehrt, hier eingefunden hatten, darunter auch unser Reichstagskandidat Braun. Man war nun unter sich und „vernichtete den inneren Feind“. Dann aber nahm das Wort ein Oberförster, dessen Name leider nicht festzustellen war. Dieser führte aus: „Die Stühnheit der Socialdemokratie übersteige alle Grenzen. Agitatoren derselben bringen sogar in die Wohnungen königlicher Beamten und geben hier Flugblätter ab. Er müsse aber eines sagen, und er bitte, dies ihm nicht übel zu nehmen: Wenn die Socialdemokratie auch hier in diesem Kreise immer größer ihre Kraft entfaltet, so liegt es auch daran, daß vieles von seiten der Arbeiter geschieht, was den Lehren dieser Partei Eingang verschafft. Man wirft den Socialdemokraten vor, sie wollten die Religion abschaffen; wie sieht es aber in der That aus dem Lande in den meisten Fällen mit der Religion aus? Das Bibelwort: sechs Tage sollst Du arbeiten, am siebenten Tage ruhen, kann der Forstmann, der Landarbeiter das halten? Nehmen Sie meinethwegen an, meine Herren, ich spreche hier im direkten Auftrage von Personen, ich kann nicht anders, ich halte es für meine Pflicht, Ihnen dieses zu sagen, auch wenn ich nicht Ihren Beifall finde. Was die Socialdemokratie über die Lebensstellung der ländlichen Bevölkerung sagt, da liegt etwas Wahres darin. Man ist zu mir gekommen und hat gesagt: Mein Herr giebt mir am Sonntag kein Gehalt, mein Feld zu bearbeiten, das muß ich am Sonntag thun. Weiter klagt man mir: Zwei Holz soll ich haben, bekomme aber keines. Da bittet dann ein solcher Forstmann die Forstbeamten, sich im Walde Raff- und Leseholz suchen zu können, und wann geschieht dies? Wieder am Sonntag, da der Mann mit seiner Familie am Sonntag für den Besitzer zu arbeiten hat. (Fürst Dohna ruft: Es ist doch aber verboten, im Walde Holz zu suchen!) Der Förster fährt fort: Allerdings ist es verboten, aber die Beamten sehen in den meisten Fällen darüber hinweg und glauben den Besitzern damit keinen schlechten Dienst zu thun. Andre sagen wieder: So wie der Fürst jetzt thut, ist er in Wirklichkeit gar nicht. So meinte jemand ungeschminkt: „Der Fürst ist der beste Bruder auch nicht!“ Ich fürchte, so schlecht der Forstmann, an solchen Uebelständen wird die Socialdemokratie die Hebel ansehen und Erfolge erzielen.

Der Fürst mußte darauf kein begeben, daß allerdings „manches“ faul aufsehe bei der Arbeiterbehandlung auf dem Lande.

### „Einfach in die Luft sprengen!“

Es ist unglücklich, welche Unsumme von Schwindel in dieser Wahlzeit durch die kapitalistische Presse geleistet wird. Und ein Schwindel, der irgendwo auftaucht, sofort wird er prüfunglos von den Kampanen aufgegriffen und weiter verbreitet. Die Presse der freisinnigen Volkspartei thut sich in diesen Künsten besonders hervor. Die „Eberwalder Zeitung“ schwindelt und die „Freisinnige Zeitung“ läßt es nach, daß der Abgeordnete Amert in einer Eberwalder Wähler-Versammlung wirklich gesagt habe: „Jeder vierte Mann im Reiche sei schon heute Socialdemokrat. Die diesjährige Wahl wird sicher den Beweis bringen, daß 1/4 im Deutschen Reiche der Socialdemokratie angehört. Wir stehen aber nicht damit still, wir bekommen noch einen zweiten Mann und wenn dies bei oberirdischer Arbeit nicht gelingt, wird es unterirdisch versucht werden. Beim Neß, der sich dann nicht auflösen läßt, werden sich Mittel finden, ihn einfach in die Luft zu sprengen.“

Derartige freisinniger Schwindel ist natürlich ganz zum Gefallen der reaktionärsten Scharmacher. Die „Post“ münzt sofort die unsinnige Fälschung aus:

„Wie wenig sich übrigens die Socialdemokratie gemauert hat, davon zeugt erst eben wieder eine Rede des „Genossen“ Amert in einer socialdemokratischen Versammlung in Eberwalde. Dort hat dieser Fraktionsgenosse der Singer, Bebel usw. nach der „Eberwalder Zeitung“ renommierend ausgerufen, jeder vierte Mann sei heute schon „Genosse“, bei den Wahlen aber würde sich zeigen, daß die Hälfte aller Reichsdeutschen zu den „Genossen“ zähle. Damit aber siehe man nicht still, man arbeite weiter. Gelingen es nicht oberirdisch, dann werde es unterirdisch besorgt. Bei dem Neße, der sich dann nicht auflösen lasse, würden Mittel gefunden, ihn einfach in die Luft zu sprengen, wenn der Zukunftsstaat Wirklichkeit würde. Ist das auch wenig geschickt, so ausdrücklich, wie es dem Niveau des „Genossen“ Amert entspricht, so zeigt es doch, von welchen Aussichten die „Genossen“ träumen und mit welchen Zukunfts Hoffnungen sie die Unterthemen bei der Fahne zu halten suchen.“

Natürlich ist die ganze Geschichte eitel Schwindel. Amert setzte vielmehr in sehr ausführlicher Entgegnung gegenüber dem Stadtverordneten-vorsteher Herrn Brahmman, der sich als liberaler Mann gegen den Freisinn erklärte und den Ausführungen Amerts in nahezu allen Punkten zustimmte, der aber in der Diskussion die Möglichkeit einer fundamentalen Abänderung der herrschenden Gesellschaftsordnung und der bestehenden Produktionsart für mindestens tausend Jahre bezweifelte, die Möglichkeit, ja die unausführbare Notwendigkeit derartiger wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Änderungen und Umwälzungen auseinandersetzen.

In dieser Entgegnung bemerkte Amert, daß die Wahlen von 1898 bereits gezeigt hätten, daß der vierte Teil der Reichstagswähler für die Socialdemokratie votiere. Die diesjährige Wahl aber werde dieser Partei eine Vermehrung ihrer Mandate um etwa ein Dutzend und eine Abrundung ihrer Stimmenzahl von 2 1/2 auf 3 1/2 Millionen bringen usw. Man wüßte, daß das Reichs-Stimmrecht gefährdet sei; wenn das allgemeine Wahlrecht falle, breche damit nicht die Socialdemokratie zusammen, sondern sie werde auch ohne dieses Recht ihren Siegesmarsch fortsetzen; das Volk gestiftet revolutionieren und die überwältigende Majorität in demselben erobern. Sollte in kommender Zeit einer solchen Majorität sich eine verschwindende, politisch-bürokratisch organisierte Minderheit in den Weg stellen, so würde man sie auf die eine oder andre Art, jedenfalls mit leichter Mühe beseitigen.

**Agrarier und Uebertagrarier.** Herr Gamp zählt zu den eifrigsten Förderern des Zollwunders aller Art. Dennoch sind die extremen Agrarier seines Wahlkreises Deutsch-Krone nicht mit ihm zufrieden, weil er sich nicht feierlich zur Erfüllung der bündlerischen Diktate für die Fragen der Handelsverträge verpflichtet will. Die Bündler stellen ihm daher eine besondere Kandidatur v. Hartmann-Hoffstadt entgegen.

**Der Bund der Landwirte gegen Stöcker.** Im Kreise Siegen haben die Bündler beschlossen, die Kandidatur Stöckers nicht zu unterstützen.

**Wahlaufruf der Katoliken.** Auch die „Kantinenjäger“ haben nun ihren Wahlaufruf veröffentlicht. Es wird darin erklärt, daß ein Deutscher, der bei den Wahlen seine Stimme nicht für den deutschen Wahlbewerber abgibt, es nicht verdient, den Ehrennamen eines Deutschen zu tragen. — In Deuthen steht der deutsche Socialdemokrat Dr. Winter polnischen Wählerbewerbern gegenüber. Wir glauben, daß aber auch die größten Polenfreier in diesem Falle auf den „Ehrennamen eines Deutschen“ verzichten werden.

Diese Polenfreier gehören zu den widerwärtigsten Erscheinungen des Wahlkampfes; eine gründliche Niederlage wäre ihnen zu wünschen!

**Im Ballekremschen Wahlkreise** bereiten die Polen dem Präsidenten des Zollwunders erste Schwierigkeiten. In Gleiwitz hielt deshalb Graf Ballekrem eine übrigens völlig inhaltlose Ansprache, in der er kein Wort gegen die Polen sagte, aber dafür hundertmal erklärte, daß er ein Centrumsmann sei.

1891 äußerte Graf Ballekrem, daß man die „großpolnischen Agitatoren in Oberschlesien aufs Maul schlagen müsse“. Damals waren sie ihm noch nicht gefährlich. Nachdem aber die großpolnischen Agitatoren ihm auf den Leib gerückt sind und nicht übel Lust haben, bei den Wahlen jenes Wort über sich gegen seinen Urheber zu betätigen, giebt es plötzlich in Oberschlesien nur noch liebe Centrumsmänner und gar keine schlimmen Polen!

Der polnische „Katolik“ versucht den Grafen Ballekrem wegen seiner Aeußerung von 1891 zu verteidigen. Der Dabobische Alarmruf, die ober-schlesischen Verhältnisse in Ordnung zu bringen, ist offenbar vom „Katolik“ beherzigt worden!

**Wegen Ballekrem** haben auch die nicht-kerikalen Deutschen eine Kandidatur aufgestellt: den Landgerichtsdirektor Schrader. Die Kandidatur fällt nicht ins Gewicht.

**Der schlichte Mann** aus der Centrumswahl, der polnische Centrum-Vergarbeiter Kroll, spielt in diesem Wahlkampfe die Rolle des ewigen Juden. Niemand muß er von Wahlkreis zu Wahlkreis iren. Kaum ist er irgendwo aufgestellt, schon wird er abgehoben. Zuletzt „kandidiert“ er in Deuthen-Tarnowitz für das Centrum. Aber auch in Deuthen protestieren die „höheren“ Centrumskreise gegen den schlichten Mann, zumal er ein Pole ist. Am 7. Mai beriet das Wahlkomitee über die schwierige Frage, ob man trotzdem an der Kandidatur festhalten solle.

Es wurde, wie man der „Katholischen Volkszeitung“ berichtet, beschlossen, von dem Kandidaten Kroll eine Erklärung zu verlangen, in der er sich als treuer preussischer Unterthan und als Gegner der nationalpolnischen Bestrebungen bezeichnen müsse, denn nur unter dieser Bedingung dürfe an der Kandidatur Kroll festgehalten werden. Ferner mußte der „Redakteur des „Katolik“, Kapiralski, die Erklärung abgeben, sich nicht nur passiv zu der Kandidatur des Grafen Ballekrem zu verhalten, sondern für dieselbe noch Kräfte einzutreten. Da offenbar die Stimmung der Versammlung der Mehrheit nach für die Aufrechterhaltung der Kandidatur Kroll war, so wurde von einer Abstimmung über die Kandidatur Kroll abgesehen, so daß daran festgehalten werden wird.

Kroll hat die ihm offenbar diktirte Erklärung bereits abgegeben. Er bekennt sich als Pole aber auch als Bürger des preussischen Staates, dessen Verfassung er als Grundlage seiner Tätigkeit anerkennt; er verurteilt auch alle „staatsfeindlichen Bestrebungen“. Das rheinische Centrumblatt rät dringend, bei Kroll zu bleiben. Es steht aber gar nicht so aus, als ob der arme Bergmann in Deuthen endlich zu sich kommen will. Die Reichen im Geiste Christi können sich eben doch keinen Arbeiter als „ihren“ Vertreter denken!

### Aus Sachsen.

**Im Wahlkreise Dresden-Land-Parasudt** (6. sächsischer) müssen die Kartellbrüder schon wieder auf Kandidatensuche gehen. Der zuletzt daselbst aufgestellte Kandidat, Herr Weigert, — es war der siebente in der Reihe derer, die das Opfer bringen sollten — hat jetzt auch wieder niedergelegt. Er war Gemeindevorstand in Lößtaun bei Dresden und ist jüngst zum Gemeindevorsteher in Regel erwählt worden; er benutzte die Gelegenheit, um sich von der Durchfalls-Kandidatur zu drücken.

**Freisinniges.** Auch im zweiten sächsischen Wahlkreise verhalten sich die Freisinnigen — freilich unter Anführung Berliner Richterianer — ebenso ungebührlich gegen die Socialdemokratie wie im ersten Kreise, worüber wir berichtet haben. Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ teilt mit: In einer freisinnigen Versammlung, die am Sonntag in Ebersbach tagte und von 800 Personen, fast alles Socialdemokraten, besucht war, sprach der Reichstags-Abgeordnete Fischbed. Er griff die Socialdemokraten bestig an und versuchte nach dem Muster Eugen Richters vor dem Zukunftsstaate grolllich zu machen. Einige Arbeiter ließ man, wahrscheinlich um den Schein der Redefreiheit zu wahren, reden; als aber der Kandidat des Kreises, Genosse Sindermann, sich zum Wort meldete, wurde ihm daselbe auf Anordnung des Herrn Fischbed verweigert. Alle Gegenüberstellungen Sindermanns waren vergeblich, obwohl die Versammlung durch lebhaftes Zurufe zu erkennen gab, daß sie Sindermann zu hören wünsche. Als Sindermann Herrn Fischbed unter Hinweis auf die erregte Versammlung bemerkte, er (Fischbed) werde auch nicht mehr reden können, wenn man die Redefreiheit in dieser Weise handhabe, da setzte Herr Fischbed seiner Handlungsweise die Krone auf, indem er unserm Genossen erregt zurief: „Das ist Erpressung, wir können Sie hinter Schloß und Riegel bringen.“ Als Sindermann die Freisinnigkeit gebührend festnagelte, verurteilte Herr Fischbed einzulernen, indem er bemerkte, so sei das nicht gemeint. Er wird diese Aeußerung aber vergeblich von sich abzuwickeln suchen. Im übrigen traf ein, was Sindermann vorher gesagt hatte: die Versammlung wurde durch die Wortverweigerung so unruhig, daß sie geschlossen werden mußte, ohne daß der Freisinnsheld Fischbed sein Schlussswort losgeworden wäre.

**Zu 17. sächsischen Wahlkreise, Glauchau-Meerane, kandidiert für die „Ordnungspartei“** der Regierungsrat Dr. Rumpel - Dresden. Während, so wird uns aus dem Kreise geschrieben, bei der vorigen Wahl die „Ordnungs“-Leute freis hinter verschlossenen Thüren tagten, haben sie jetzt den Mut gefunden, öffentliche Wählerversammlungen abzuhalten. Sie verfahren dabei nach dem Muster des Grafen Hogenbroch im 22. Kreise, indem sie nur Wähler des Kreises zulassen. Sie bemühen also die Krankheit ihres Kandidaten und bisherigen Vertreters Auer, um zwar „öffentlich“ zu tagen, aber fremden Rednern doch auszuweichen!

Die Zerplitterung der Liberalen in Mählen, über die von der liberalen Presse noch kein Bericht wurde, ist nunmehr soweit gebrochen, daß in einer Ausschussung des freisinnigen Vereins beschlossen wurde, im Verein mit den National-socialen und Demokraten eigne Kandidaturen aufzustellen und zwar sind in Aussicht genommen für Mählen I der Bergoldergeschäfts-Jahaber Konrad Barth und für Mählen II der demokratische Rechts-anwalt Dr. Henrich. Als Grund für dieses Vorgehen wurde nach dem „Bayr. Anz.“ angegeben: 1. Die brutale Vergeivaltigung der National-liberalen Gruppen in die Versammlung vom 7. Mai; 2. es sei unmöglich, die Kandidaten einer Partei zu unterstützen, die den Kulturkampf in Mählen heranzuschwören und eine Störung des konfessionellen Friedens in die Bevölkerung getragen hat; 3. es sei eine Unmöglichkeit, die Partei in den Sattel heben zu helfen, die in der letzten Reichstagsession sich eine unerhörte Anbelangung des Rechtes der freien Meinungsäußerung im Reichstage selbst hat zu Schulden kommen lassen; 4. man könne nicht für eine Partei stimmen, die so inkonsequent ist, im ersten Mählenen Wahlkreise einen Zollgegner und im zweiten einen ausgeprochenen Agrarier zur Wahl zu stellen; 5. nachdem somit die national-liberale Partei des Vertrauens eines wirklich liberalen Bürgertums nicht mehr würdig erachtet werden kann, müsse es eine Kandidatur geben, die zwischen Centrum und Socialdemokratie steht.

Nach diesem Beschluß kann über das Schicksal des Wahlkreises Mählen I kaum mehr ein Zweifel bestehen. Während sich übrigens diese Vorgänge abspielten, hat die als offizielles Dementier-Organ hinreichend berühmte „Allgemeine Zeitung“ noch die Dreifügigkeit, von einer immer mehr sich befestigenden Einmütigkeit der Mählenen Liberalen“ zu reden, worüber deren Gegner „außer sich vor Empörung“ seien!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Mai.

### Westwucher - Freisinn.

Wir haben gestern den schamlosen Versuch der „Freisinnigen Zeitung“, den socialdemokratischen Kampf gegen höhere Lebensmittelpreise zu verächtigen, zurückgewiesen und die Vorhubeilung der Freisinnigen Volkspartei für höhere Protzölle und ungünstige Handelsverträge aufgedeckt. Die „Freisinnige Zeitung“ sucht jetzt ihre Haltung zu verteidigen, indem sie erklärt, eine Vereinsthät ihrer Partei zur Erhöhung der Getreidezölle komme gar nicht in Frage, „weil infolge des neuen Zolltarifs-Gesetzes die Getreidezölle bereits weit über den gegenwärtigen Stand hinaus erhöht sind und diese Erhöhung so weit eintreten muß, wie Handelsverträge nicht wieder eine Ermäßigung herbeiführen“.

Das ist die selbstverräterische Ansicht des bei der That über-raschten Diebgesellen. Der gesamte Artikel der „Freis. Ztg.“ über „Socialdemokratie und Handelsverträge“ hatte den Zweck, den Kampf der Socialdemokratie gegen Handelsverträge mit Zoll-erhöhungen auf Grund des neuen Zolltarifs zu verunglimpfen. Diese Schmähdung des socialdemokratischen Kampfes bedeutete zugleich die dann offen ausgesprochene Ankündigung, daß die Freisinnige Volkspartei bereit sei zu Handelsverträgen mit erhöhten Kornzöllen. Nun versucht die „Freis. Ztg.“ ihre Zoll-erhöhungsvereinsthät um-zulegen in die Absicht, eine Ermäßigung der Kornzölle herbeizuführen, eine Ermäßigung nämlich gegenüber — den Zollfüßen des neuen Wuchertarifs. Die „Freisinnige Zeitung“ leistet die wahrhaft erstaunliche Zimmutung an die liberalen Leser, daß die Erhöhung der Getreidezölle bereits vollendet sei und nunmehr nur noch eine teilweise Wiederermäßigung in den Handelsverträgen in Frage komme. In Wahrheit ist natürlich der neue Zolltarif noch nicht in Kraft gesetzt und kann es erst werden durch besondere kaiserliche Verordnung. Das, was die „Freisinnige Zeitung“ aber als den wirklichen Zustand vorspielt, ist das Ver-langen der extremsten Agrarier gewesen; diese forderten die Kündigung der Handelsverträge und die Inkraftsetzung des neuen Tarifs vor Abschluß neuer Verträge, aber selbst die agrarische Regierung lehnte solche Forderungen ab, deren Verwirklichung die „Freis. Ztg.“ vortäuscht, um ihre Reizung zum Vändnis mit den Zollwucherpartei zu beschönigen.

Die neue Ausflucht der „Freis. Ztg.“ läßt ihre Protz-er-neigungen aber noch weit bedenklicher erscheinen als der gestrige Artikel des Wlattes. Der erkappte Dieb, der sich raudreden will, giebt viel mehr zu, als dessen er beschuldigt wurde. Die Ausflucht der „Freis. Ztg.“ enthält das Zugeständnis, daß die Freisinnige Volkspartei sich sogar mit den „Mindest-zöllen“ des neuen Tarifs endgültig abgefunden hat, daß sie bereit ist, für Handelsverträge, die diese Mindestzölle zulassen, einzutreten!

Die „Freis. Ztg.“ wiederholt bei all' diesen Selbstbezügigungen nochmals den tollen Unsin, daß die socialdemokratische Parole „die Agrarier ermutige, im Vertrauen auf die Unterstützung der Socialdemokratie alle Handelsverträge zu verwerfen, bei denen neue Maximalsätze für Getreide unter den Sägen des neuen Zolltarifs bleiben“. Als wäre es nicht das denkbar erfreulichste Ergebnis, wenn Handelsverträge mit hohen Kornzöllen dadurch zu Falle kommen, daß die Agrarier, denen diese Zölle nicht hoch genug sind, mit den Zollgegnern stimmen. Die Folge wäre, daß die jetzigen Handelsverträge weiter laufen müssen. Dagegen bereitet in Wirklichkeit die freisinnige Vereinsthät zur Kornzoll-erhöhung den Agrariern die Wege. Das Lob, das Herr Richter seit Monaten von den agrarischen Parteien erntet, wird jetzt noch lauter erschallen!

### Die Krankenkassen-Rovelle und die Parteien.

Die Haltung der socialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Krankenkassen-Rovelle findet in einem Artikel von Dr. G. Eydow in der letzten Nummer der „Socialen Praxis“ eine Beurteilung, die das lebhafteste Aufsehen der Centrumspresse hervorruft. In dem Artikel werden die Abänderungen des Gesetzes durch die Rovelle besprochen und auch die Art ihres Zustandekommens berichtet und dabei sagt der Verfasser:

„Es muß aber hier festgestellt werden, daß dieser neue Fortschritt in der Versicherungsgegebung lediglich dem Conto der bürgerlichen Parteien anzuschreiben ist. Die Socialdemokratie, auf deren Drängen die Abänderung der Verwaltungsbestimmungen erfolgte, stimmte gegen das Gesetz im ganzen. Wäre nicht in den übrigen Parteien eine gefällige Mehrheit für das Gesetz vorhanden gewesen, so hätte sie diese Verantwortung (für ein Scheitern der Rovelle) wohl kaum auf sich genommen. So aber bot sich die günstige Gelegenheit, die Verbesserungen der Rovelle zu erhalten, sich aber gleichzeitig den Wählern gegenüber mit dem Mantel der Unbeugbarkeit schmücken und gegen die angeblich unaufrichtige sociale Reformthätigkeit der Regierung und

der nicht sozialdemokratischen Parteien haben zu können. Das ist nicht Wille der Arbeiter, sondern Agitation für Parteizwecke.

Die Frage der Abstimmung über ein solches Gesetz, das zwar in einigen Beziehungen einen Fortschritt, in andern aber eine Verschlechterung bedeutet, ist eine Frage der politischen Taktik, über die wir uns mit Herrn Dr. Sydow nicht auseinandersetzen für nötig halten; wie sehr die Urteile da auseinandergehen können, zeigt die „Frankfurter Zeitung“, die unserer Reichstags-Fraktion den Vorwurf machte, sie habe durch ihr Verhalten zu dem Gesetze die Demokratie verraten, um materieller Vorteile willen das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter aufs Spiel gesetzt. In solchen Fällen muß man die Leute reden lassen. Wir haben die Interessen der Arbeiter vertreten, von denen wir unser Mandat haben, und können denen das Urteil über unser Handeln getroßt überlassen.

Wenn also Herr Dr. Sydow die Abstimmung unserer Fraktion für falsch hält, so ist das ganz seine Sache. Wenn er aber den Anspruch erhebt, eine objektive Würdigung der Entstehung des Gesetzes zu geben, so müssen wir dem sehr entschieden entgegenreten. Er sagt, daß dieser neue Fortschritt in der Versicherungs-Gesetzgebung lediglich dem Conto der bürgerlichen Parteien zuzuschreiben sei. Das ist eine Verleumdung der Situation und eine Verleumdung der wirkenden Kräfte, die eine arg Kurzsichtigkeit verrät. Der Herr scheint bei der Entscheidung eines solchen Gesetzes nichts weiter zu sehen, wie die Einbringung der Vorlage durch die Regierung und die Abstimmung darüber durch den Reichstag. In Wirklichkeit ist dies aber doch nur der Schlusssatz einer Kette von Aktionen, die sich lange vorher geltend machten und die im Falle der Sozialgesetzgebung lediglich auf das Conto der Arbeiterbewegung und ihrer parlamentarischen Vertretung durch die Sozialdemokratie zu setzen sind.

Selbst wenn Dr. Sydow nur der Thätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion bei den Beratungen über die Novelle gerecht werden wollte, könnte er nicht sagen, daß sie lediglich dem Conto der bürgerlichen Parteien zuzuschreiben sei.

Wenn er ein Urteil über die Wirksamkeit der Parteien bei dem Zustandekommen der Novelle abgeben will, dann darf er sich nicht lediglich an die Schlussabstimmung halten, sondern er muß prüfen und darlegen, was die einzelnen Parteien zu den Einzelvorschriften des Gesetzes geleistet haben. Da er die Einzelvorschriften in ihrer Bedeutung und Entstehung würdigt, so hatte er dazu reichlich Gelegenheit. Daß dies nicht in seinem Plane gelegen hätte, kann er nicht sagen, denn er erwähnt z. B. ausdrücklich den Abg. Köfide-Deffau und auch den Abg. Trimborn, diesen aber merkwürdigerweise nur bei dem Antrage, aus den Worten „grobe Pflichtverletzung“ die Worte „grobe Verletzung der Amtspflicht“ in Bezug auf die Kassenführung zu machen; ein Antrag, der gar keine Tugend, sondern nur einer drängenden Not des Centrums entsprungen ist. Daß dem Dr. Sydow die Thätigkeit der Sozialdemokratie bei der Krankenversicherungs-Novelle unbekannt geblieben wäre, ist nach dem Inhalt seines Artikels nicht anzunehmen. Sein Urteil darüber, wenn der Fortschritt zu danken sei, ist deshalb nicht als ein objektives, im Gegenteil als ein sehr einseitiges anzusehen.

Die „Märkische Volkszeitung“ bemittelt diese billige Gelegenheit, um den erfindenden Glorienstein des Centrums wieder kräftig zu putzen. Wie billig das Herr Dr. Sydow dem Centrum macht, geht noch aus folgendem hervor. Er bespricht die Bedeutung der Gesetzesänderung, durch die der Ausschluß der Geschlechtskranken von der Krankenunterstützung unmöglich gemacht wird. Bei der Gelegenheit bedauert er es sehr, daß nicht auch der Ausschluß der Trunksüchtigen von der Krankenunterstützung beseitigt worden ist, und er bespricht auch die sozialpolitische Bedeutung der entsprechenden Vorschriften. Nun sind gerade die Sozialdemokraten für Beseitigung dieser Ausnahmestimmung des Gesetzes sehr entschieden eingetreten, das Centrum aber hat sich entschieden für Beibehaltung des Ausnahmestimmrechts erklärt und dem Centrum ist dessen Erhaltung zu danken. Davon sagt aber Herr Dr. Sydow nichts. Warum verschweigt er diese Thatsache, die doch für die Beurteilung der Thätigkeit der Parteien wichtig ist?

So giebt der Herr Dr. Sydow ein einseitiges und damit falsches Bild von der Entstehung des Gesetzes und der Wirksamkeit der Parteien; gefügt auf diese falsche Darstellung giebt er selbst ein falsches Urteil über die Parteien ab, schmückt Parteien, die sich schon bei mehr als einer Gelegenheit als erbitterte Gegner sozialpolitischer Reformen erwiesen haben, mit der Glorie der Arbeiterfreundlichkeit, und giebt Gelegenheit, daß sich solche offenen Gegner oder halbe Freunde der Sozialreform auf ihn als angeblich objektiven Beurteiler berufen und mit der Berufung auf ihn Wahlzettel streuen können.

## Deutsches Reich.

**Aus der volksparteilichen Fälscherwerkstatt.** Nach dem Vorbild der elendesten Repressivpresse aus der Westensondzeit wird jetzt die „Freisinnige Zeitung“ und ihre Broschürenausgaben („Sozialistenspiegel“) hergestellt: Jeder Satz eine Lüge, jedes Citat eine Fälschung.

Die „Freisinnige Zeitung“ schloß am Montagabend ihren gestrigen von uns gewürdigten Handelsvertrags-Artikel mit einer Ausrufung Schuppel. Die sozialdemokratische Handelsvertragspolitik sei „drastisch zum Ausdruck gekommen in den Worten des Abg. Schuppel auf dem Stuttgarter Parteitag“:

„Sich der Freihandel auf dem Regierungstarren, wird gegen den Freihandel losgelegt, führt der Schutz Zoll auf dem Regierungstarren, gegen den Schutz Zoll. Die Hauptsache ist, daß ordentlich losgelegt wird. Was man im Augenblick will, braucht man ja nicht zu sagen, man erstrebt eben die große Zukunftswirtschaft.“

So wird sogar noch die Seite des Protokolls hinzugezogen, um ja die christliche Nichtigkeit des Citats zu verbürgen.

Wo hat Schuppel wirklich, wie man annehmen muß, die handelspolitische Taktik der Sozialdemokratie auf dem Stuttgarter Parteitag in dieser Weise gekennzeichnet?

Nein, nur eine Aßerei der „Freisinnigen Zeitung“ hat das Citat in diesen Zusammenhang gebracht. Schuppels Worte stellen nämlich kein Urteil über die handelspolitische Taktik der Partei dar, sondern sind die erklärende Aufschreibung einer Zeitungspolemik aus dem Jahre 1879.

Schuppel gab in Stuttgart eine historische Uebersicht über die handelspolitischen Auffassungen. Dabei erwähnte er auch den Streit zwischen dem industriellen Agrikulturschicht angehängten Parteigenossen Max Kappeler und der Wälfeler „Laternen“ aus dem Jahre 1879. Die „Laternen“ schrieb damals: „Schutzzollpolitik auf der einen Seite, Freihandelsprediger auf der andern. . . Ich behaupte, daß sie beide — Masseninteressen verfolgen, nur halte ich es für unsere Pflicht, gerade den Charaktäristik von beiden zu entlarven, die jenerzeit auf dem Regierungstarren sitzen und uns ihr vollenbeglückendes Mittel applizieren wollen.“ Diese Sätze interpretierte Schuppel dann durch den Satz, den die „Freisinnige Zeitung“ jetzt als eine Meinung Schuppels über die Taktik der Sozialdemokratie in der handelspolitischen Frage angiebt.

Die Schamlosigkeit der Fälschung ist ungeheuerlich. Aber die freisinnige „Volks-Zeitung“ hat wohl recht: Derartige Dinge sind nur noch pathologisch zu erklären.

Zu dem „Druckfehler“ in der Novelle zum Kranken-Versicherungs-Gesetz meint „Der Tag“, es komme lediglich darauf an, was in der

Zusammenstellung der Beschlüsse des Reichstags dritter Lesung Nr. 978 der Druckfaden stehe. Dies sei allein maßgebend dafür, was der Reichstag beschlossen habe, denn er habe den Inhalt dieser Zusammenstellung in der Gesamt-Abstimmung gutgeheißen und darin befände sich der Druckfehler, der somit als Beschluß des Reichstages zu gelten habe.

Demgegenüber sei darauf hingewiesen, was im stenogramm der 302. Sitzung vom 30. April Seite 9200 D steht:

Präsident: Hiermit ist die dritte Lesung des Gesetzes beendet. Zur Gesamt-Abstimmung können wir erst schreiten, wenn die Zusammenstellung der Beschlüsse dritter Lesung verteilt ist. Ich höre eben, daß es wegen technischer Schwierigkeiten unmöglich ist, diese Zusammenstellung jetzt fertiggestellt zu verteilen. Wenn niemand widerspricht, ist es auch möglich, jetzt schon die Gesamt-Abstimmung vorzunehmen. Ich frage daher, ob jemand widerspricht. — Das ist nicht der Fall, wir können daher die Gesamt-Abstimmung vornehmen.

So ist die Abstimmung denn auch vor sich gegangen und das Gesetz beschlossen worden. Es besteht also die Thatsache, daß die fehlerhafte Zusammenstellung (Druckfaden Nr. 978) dem Reichstage gar nicht vorgelegen hat bei der Schlussabstimmung. Allerdings hat ihn in der Einzelberatung schon die fehlerhafte Zusammenstellung der Kommissionsbeschlüsse vorgelegen, es hat ihm aber auch gleichzeitig die richtige Darstellung der Kommissionsbeschlüsse vorgelegen. Es haben also dem Reichstage zwei verschiedene Lesarten der Kommissionsbeschlüsse zu gleicher Zeit vorgelegen und ein Unterschied ist nur darin zu finden, daß der richtige Beschluß in dem Hauptdruckfaden und der falsche in der Anlage dazu vorgelegen hat. Wie nebensächlich die in der Anlage enthaltene Zusammenstellung ist, geht daraus hervor, daß der Reichstag wie hier und auch schon früher oftmals, abstimmen konnte, bevor die Zusammenstellung vorlag.

Es bleibt also dabei, daß der Reichstag den Fehler nicht beschlossen hat. Wenn jedoch der Bundesrat glaubt, das Gesetz dieser Sache wegen auf die lange Bank schieben zu sollen, wie es bereits angedeutet wird, so sind wir daran wenig interessiert.

## Ein Riesenzoo für patriotische Kunst.

Dieser Tage machten wir auf eine antilche Bekannmachung des Landrats von Göttingen aufmerksam, worin die von der hiesigen Firma Bärenstein in den Handel gebrachten neuen Kaiserbilder aus-geboten werden und der Landrat sich bereit erklärt, eine Bildergalerie zu übernehmen. Ähnliche antilche Bekannmachungen wurden, wie wir unterdes aus der Presse erfahren haben, auch von andern Landräten erlassen. Wie es zugeht, daß die preussischen Landräte eine so allgemeine Reizung entwickeln, als Bildergalerien der Firma Bärenstein zu arbeiten, wurde uns klar, als uns heute das folgende Schreiben zuging:

Georg Bärenstein & Comp.  
Kunstanstalt Berlin, den 8. April 1908.  
Berlin SW. 48, Friedrichstr. 240/241.

Hochgeachteter Herr Landrat!  
Die Verfügung des Königlichen Ministeriums des Innern vom 6. d. Mis., Nr. 1a 528 wird Ihnen durch den Herrn Regierungspräsidenten zugegangen sein. Mit Bezug auf diese Präsidial-Verfügung, welcher vorausichtlich ebenfalls das inliegende Rund-schreiben untrer Firma beiliegen wird, bitten wir Euer Hochwohlgeboren ganz ergebenst, in etwa zu erlassenden Bekannmachungen, soweit solche für das Publikum bestimmt sind, die in unserm Rundschreiben erwähnten Vorzugspreise für die Angehörigen der Armee und Marine sowie für die Beamten nicht zu nennen, sondern den Beamten diese Vorzugspreise hochgenügend auf dem Dienstwege bekannt zu geben. Da nach den allerhöchsten Intentionen unsererseits beabsichtigt ist, in der Tagespresse das große Publikum auf diese Bildnisse besonders aufmerksam zu machen, so würde man diesen Kreisen ein unangenehmes Empfinden verursachen, wenn sie erfahren, daß sie einen bis um 50 Proz. höheren Preis bezahlen müßten wie die Beamten.

Im Interesse der Verbreitung der Bildnisse müssen wir dies möglichst zu vermeiden suchen und bitten wir Euer Hochwohlgeboren daher ganz ergebenst, soweit öffentliche Blätter, also auch die Kreis-blätter, zu antilchen Publikationen benutzt werden, in diesen ledig-lich den für das Publikum bestimmten Preis von 1 M. pro Bild zu nennen.

Sollten Euer Hochwohlgeboren zur Verbreitung an die unter-geordneten Dienststellen von unserm Rundschreiben, von welchem wir uns 1 Exemplar beizufügen erlauben, noch weitere Exemplare wünschen, so bitten wir uns dies geneigtest wissen zu lassen, dieselben stehen in beliebiger Zahl zur Verfügung.

Die Erfüllung untrer ganz ergebenen Bitte erhoffend, zeichnen  
eherbietigt  
Georg Bärenstein u. Comp.

Es handelt sich also um eine gewaltige Staatsaktion, bei der die Firma Bärenstein nur gewissermaßen den Sigredakteur macht. Die preussische Staatsregierung hat zur Pflege des Patriotismus einen Kaiserbilder-Bazar eröffnet und stellt den gesamten Beamtenapparat des preussischen Staates in den Dienst dieses Handels-geschäfts. Damit wirkt die preussische Staatsregierung vor-bildlich auf dem Gebiete der Organisation des Handels; ein so umfangreiches, wohlorganisiertes Handelsunternehmen mit einigen Dutzend Generalagenturen (Regierungspräsidenten), gegen 600 Hauptagenturen (Landräten), und mehreren Tausend Filialen (die untergeordneten Dienststellen) hat Deutschland noch nicht gesehen. Die Kleinhändler der patriotischen Kunst und die armen Bild-erzeuger werden aber mit Recht erbittert sein über diesen un-lauteren Wettbewerb, der ihnen hier gemacht wird von einer Regierung, die sonst den Mittelstand schützen zu wollen vorgiebt gegen die Konkurrenz der Großbäzare.

Dem auf die Bilder reflektierenden Publikum möchten wir übrigens dringend anraten, unter Berufung auf das vorstehend ab-gedruckte Rundschreiben die Ueberlassung eines Bildes für 50 Pf. zu fordern. Wir vermögen nicht einzusehen, weshalb sich das große Publikum seinen Patriotismus mehr wie 50 Pf. loßen lassen soll, wenn es die Beamten dafür haben können.

Könnte nicht übrigens eine auf die Pflege des Patriotismus be-sonders eingeschworene Partei diese vor den Wahlen so günstige Gelegenheit benützen, und der Bildfirma Hammerstein-Bärenstein einige Wagenladungen voll zur Gratisverteilung abnehmen? —

Ein Junker, der den agrarischen Hochschützöllnern Anschauungs-unterricht erteilen will, ist Freiherr v. Rechenberg. Nach seiner in der „Fürstlichen Correspondenz“ niedergelegten Auffassung krankt die deutsche Landwirtschaft an der Rückständigkeit ihrer Technik und an der Abneigung der Agrarier gegen die wissen-schaftliche Belehrung. Herr v. R. macht deswegen den Vorschlag, man müsse den deutschen Agrariern auf dem Gebiete des Röm-erbaues eine höhere Stufe der Bewirtschaftung vor Augen führen durch Errichtung von staatlichen Muster-wirtschaften. Er denkt sich dieselben in einer Verbreitung über ganz Deutschland, wo man fiskalische Domänen unter Leitung von tüchtigen Betriebsbeamten im Getreidebau bewirtschaftet, Geräte und Maschinen nach den neuesten Systemen verwendet und insbesondere den künstlichen Dünger, der heute aus großer Unkenntnis vergeblich und sogar nachteilig angewendet wird, wirtschaftlich lohnend aus-zunutzen lernt. Durch eine offene Buchführung müsse der mathe-matische Nachweis für jedermann erbracht werden, daß mit ge-ringeren Betriebskosten auf derselben Agrar-fläche eine nach Güte und Menge wesentlich er-höhte Produktion erzielt wird. Freiherr v. Rechenberg schätzt den Gewinn, den die deutsche Landwirtschaft aus der ihr so bejubelnden Vervollkommnung erzielt, auf 500 Millionen jährlich. Heute sei den Bauern die schlechteste Saatfrucht noch gerade gut genug; sie sähen nicht, daß auch hier eine Art Zuchtwahl vor-

zunehmen ist, um beim Getreidebau kräftige, gesunde, widerstands- und leistungsfähigere Arten zu erzielen. Auf diese Weise könnte die deutsche Landwirtschaft mehr und mehr das Land vom Getreide-Import unabhängig machen. Die von Freiherrn v. Rechenberg empfohlenen staatlichen Musterwirtschaften würden durch den er-höhten Ertrag die Kosten für ihre moderne Ausstattung als Lehr-anstalten selbst bestreiten.

Der „Simplicissimus“ hat doch Recht. Die „Münchener Post“ bringt diese gute Erinnerung: Als seiner Zeit bekannt wurde, daß Prinz Arenberg einen Schwarzen auf bestialische Weise ermordet hatte, brachte der „Simplicissimus“ eine wie folgt beschaffene Illustration. In einer düsteren nächtlichen Tropenlandschaft kniete vorn der Prinz neben seinem gebluteten Opfer und vor dieser Gruppe standen drei Hegen. „Wärst Du ein Arbeiter“, sprach die Erste, „lämst Du ins Zuchthaus.“ „Wärst Du ein Bürgerlicher“, meinte die Zweite, „lämst Du ins Gefängnis.“ „Wärst Du ein Adeligler“, sprach endlich die Dritte, „lämst Du auf Festung.“ „Doch weil ich ein Prinz bin“, antwortet nun Arenberg, „begebe ich mich in eine Heilanstalt.“ Das alles war natürlich in den Augen der Gutgesinnten eine schmäbliche Hezerei. Jetzt aber wird die Kanaille darauf vorbereitet, daß der Prinz „demnächst in eine Heilanstalt übergeführt wird.“

Die Verabschiedung des Erbprinzen von Sachsen-Meiningen fährt fort, die Presse zu beschäftigen. Es ist kein Zweifel, daß dieser kommandierende General des sechsten Armeekorps in der schroffsten Weise entlassen worden ist. Der Schwager des Kaisers hat den „blauen Brief“ wie irgend ein Hauptmann zugesandt erhalten. Es sei, so wird erzählt, von dem General die Zurücknahme seines Er-lasses gegen die Soldatenungehörigkeiten verlangt worden. Ander-seits werden Familienunwilligkeiten als Motiv angegeben.

Wenn erst die Unzufriedenheit unter den kommandierenden Generalen anfängt — was soll dann werden? —

Prinz Märker. Der „Hannov. Courier“ versucht eine Ab-schwächung der Schilderungen, die über das fidele Kerkerleben des Kolonialverbrechers gegeben worden sind. Bestätigt wird, daß sich der Prinz frei im Flur des Verwaltungsbauwerks bewegen konnte — wegen eines Herzleidens; der neue Direktor habe das jedoch ver-boten. Bisher sind sicher noch auf niemand solche Gesundheits-rückfragen genommen worden, auf sozialdemokratische Redakteure wenigstens nicht. Alle Gefangenen werden nach längerer Haft sich; das ist aber sonst niemals ein Grund, ihnen freie Bewegung zu verschaffen.

Aber auch der „neue Direktor“ entwickelt noch eine seltene Humanität: „Der Gefangene darf seine Zelle nur während der Reinigung derselben verlassen und sich während dieser Zeit (etwa zehn Minuten) im Aufseherzimmer aufhalten.“ Andre Gefangene, die nicht gemordet haben und keine Prinzen sind, müssen ihre Zelle selber reinigen. Seine Höheit darf, während für ihn die Zelle gereinigt wird, das Lokal verlassen!

Aber das kommt noch schöner: „Da der Prinz Arenberg früher ein sehr starker Raucher war, fürchtete man ärztlicherseits eine gesundheitliche Schädigung durch eine voll-ständige Entziehung des Tabaks, es werden ihm deshalb täglich zwei Cigaretten verabfolgt, die er auf den Erholungsängen im Gefängnishof rauchen darf; in der Zelle wird das Rauchen nicht ge-buldet. Auch Schnupftabak und Kautabak hat der Gefangene er-halten, aber in nur ganz geringer Menge, die jährlich eine Dose Schnupftabak und eine Kanne Kautabak nicht übersteigt.“

Es müssen sehr viele Raucher, Alkoholiker, Worchphisten ins Ge-fängnis wandern. Noch niemals aber hat man auf solche Reizungen Rücksicht genommen. Die „Entziehungskur“ wird stets grausam-radikal durchgeführt.

Daß der Prinz über eigne Schlafdecken verfügt, wir nicht gelehnet, daß er mit Messer und Gabel speisen darf — de Schreiber dieser Zeilen hat seiner Zeit im Gefängnis so lange mit dem Löffel essen müssen, daß er den Gebrauch von Messer und Gabel fast verlernt hatte — wird ausdrücklich bestätigt.

Nach alledem wird man wohl die Konsequenz ziehen müssen und zur Schöpfung der zarten Gesundheit des teils herzleidenden, teils irrinnigen Mörders ihn der völligen Freiheit wiedergeben.

## Ausland.

**Abkommen zwischen Deutschland und Venezuela.** Ueber die schiebsrichterlichen Entscheidungen gewisser die Bezahlung der deutschen Reklamationen betreffender Fragen ist zwischen dem deutschen Gesandten Freiherrn Sped von Stenburg als Vertreter der deutschen Regierung und Herrn Herbert W. Bowen als Bevollmächtigten der venezolanischen Regierung folgendes Abkommen in Washington ab-geschlossen worden:

Es soll die Frage, ob Deutschland, Großbritannien und Italien auf eine bevorrechtigte oder geforderte Behandlung bei Bezahlung ihrer Reklamationen gegen Venezuela Anspruch haben, dem Haager Schiedsgericht zur endgültigen Entscheidung unterbreitet werden. Das Schiedsgericht soll entscheiden, wie die von Venezuela zur Ver-fügung gestellten 30 Prozent der Einkünfte von La Guayra und Puerto Cabello zwischen den Vorkademächten einerseits und den übrigen Gläubigermächten andererseits zu verteilen sind. Diese Entscheidung soll endgültig sein. Wird den Vorkademächten eine bevorrechtigte oder geforderte Behandlung nicht gewährt, so soll das Schiedsgericht entscheiden, wie die bezeichneten Einkünfte unter alle Gläubigermächte zu verteilen sind. In diesem Falle soll das Schiedsgericht neben der Bezahlung der Reklamationen aus den dreißig Prozent alle einer Gläubigermacht zu gute kommenden Vor-rechte oder Pfandrechte an Einkünften in Betracht ziehen und dem-gemäß die Frage der Verteilung so entscheiden, daß keine Macht eine bevorrechtigte Behandlung erlangt; seine Entscheidung soll end-gültig sein.

Der Kaiser von Rußland soll gebeten werden, aus den Haager Schiedsrichtern drei zu ernennen, um in diesem Falle das Schieds-gericht zu bilden; keiner derselben darf Unterthan oder Bürger einer der Signatar- oder Gläubigermächte sein. Das Schiedsgericht soll am 1. September 1908 zusammentreten und seine Entscheidung von da an binnen 6 Monaten abgeben. Das Verfahren soll in englischer Sprache geführt werden, doch können mit Genehmigung des Schiedsgerichts Ausführungen auch in anderer Sprache gemacht werden. Das Ver-fahren wird, soweit nicht das Abkommen anders bestimmt, durch die Haager Konvention geregelt. Auch über die Kostenfrage des Schiedsgerichts entscheidet das Schiedsgericht. Jede Nation, die Reklamationen gegen Venezuela hat, kann sich dem durch dieses Abkommen vorgesehenen Schiedsverfahren als Partei anschließen.

Wie der „Reichs-Anzeiger“ zu dem Abkommen bemerkt, werden die Interessenten möglichst bald die ihre Schadenersatz-Ansprüche betreffenden Eingaben unmittelbar an den kaiserlichen Gesandten in Caracas zu richten haben. Dabei werden die einzelnen Ansprüche genau zu begründen, auch die erforderlichen Beweisstücke beizufügen sein.

## Oesterreich-Ungarn.

**Interpellation betreffend die Wiener Studentenunruhen.** Der Minister für Kultus und Unterricht Dr. Ritter v. Hartel beantwortete heute im Abgeordnetenhaus die eingebrachten Interpellationen betr. die Studentenunruhen an der Technischen Hochschule und an der Universität und erklärte, er könne nur dem zustimmen, daß die Unruhen, wie sie in der letzten Zeit stattgefunden haben, eine ebenso beschämende wie traurige Erscheinung seien, welche das Ansehen der Hochschulen im Auslande untergrabe. Falsch und un-ge-rechtfertigt sei es jedoch, den Tadel, welchen die Excedenten mit Recht verdienen, auf die gesamte Studentenschaft auszuwehnen. Er zweifle nicht, daß wenn von anderer Seite keine Anregung in die Studentenschaft getragen werde, Beruhigung der Gemüter ein-treten werde. Sollte sich diese Hoffnung nicht erfüllen, so werde ich „führt der Minister fort, nicht ansetzen, so schwer es mir und gerade mir wird, zu den äußersten Maßregeln zu greifen.“ Die Ausführungen des Ministers wurden wiederholt von seiten der Christlichsozialen durch lebhafteste Proteste unterbrochen.

## Italien.

**Die Wechsellagen von Galatina vor der Kammer.** Die Kammer verhandelte in ihrer Sitzung vom Sonnabend über eine Interpellation betr. die Vorgänge in Galatina. Dort war es, wie wir seiner Zeit mitgeteilt, zwischen arbeitslosen Landarbeitern und den Gendarmen zu Zusammenstößen gekommen. Am Morgen waren die Arbeitslosen vor das Rathaus gezogen, um Arbeit zu verlangen. Dabei waren nicht von den Arbeitslosen, sondern von der radikalistischen Jugend einige Fenster eingeworfen worden. Darauf requirierte man Gendarmen und Truppen aus den Nachbarstädten. Am Nachmittag war Volksfest, und man verbot die Musik. Es kam zu Reibereien, und die bewaffnete Macht schob auf die Menge, eine Anzahl Personen wurde zu Boden gestreckt, zwei davon getötet. Der Unterstaatssekretär Roussetta spricht sein Bedauern über die Vorgänge aus, aber verteidigt im übrigen die Haltung der Truppen. Ohne die absolute Notwendigkeit würden die Polizei und die Truppen niemals Blut vergießen. Ironischer Beifall und Widerspruch wird dem Staatssekretär zur Antwort. Der Republikaner Ballone und der sozialistische Deputierte Todeschini, die nachher das Wort ergriffen, bezeichneten die Antwort des Unterstaatssekretärs für vollkommen ungenügend. Es kam zu einigen heftigen Ausfritten zwischen den Linken und der Rechten. Ein greifbares Resultat hatte die Debatte nicht. —

## England.

**Unterhaus.** Bei der Beratung des Postetats am Montag erklärte Minister Chamberlain, er habe es stets vorgezogen, englische Postsendungen, wenn irgend möglich, auch durch englische Schiffe befördern zu lassen; wenn jedoch die britische Bahn eine regelmäßige Beförderung gestatte, die bedeutend schneller sei als die Beförderung auf dem Seewege, so würde er gestungen sein, diesen Weg zu wählen. Die Regierung stände gegenwärtig mit den in Betracht kommenden Behörden darüber in Unterhandlung, unter welchen Bedingungen der transsibirische Eisenbahndienst zur Beförderung der englischen Post nach Peking und Ostasien benutzt werden könne; bis jetzt sei es jedoch noch nicht möglich gewesen, zu einem Abschluss zu gelangen. —

## China.

**China** sträubt sich bekanntlich die Kriegsschädigung an die Mächte, wie diese mit Ausnahme der Vereinigten Staaten von Amerika fordern, in Gold zu entrichten. Es will, da dieses bei dem heutigen niedrigen Preise des Silbers weit vorteilhafter ist, unbedingt in Silber zahlen. Die „Times“ melden aus Shanghai: Der Vizekönig von Kanking und der Taoai von Shanghai haben den amerikanischen Kriegsschädigungsbond unterzeichnet, aber der Bankercommission 13 Bonds zurückgegeben, welche von Vertretern anderer Mächte eingereicht sind, hauptsächlich aus dem Grunde, weil, wenn die Zahlung in Gold erfolgen sollte, der Kurs vom 1. April 1901 zu Grunde gelegt werden müsse. —

Am 1. April 1901 war nämlich der Kurs des Silbers ein weit höherer. —

## Afrika.

**Zu den Unruhen in Marokko.** Nach Meldungen aus Ceuta haben die Aufständischen Angestellte der englischen und französischen Post festgenommen und den französischen und den englischen Konsul auffordern lassen, sich des weiteren Briefverkehrs mit Tanger zu enthalten. Das Schicksal der spanischen Post ist noch unbekannt. —

**Zanger, 12. Mai.** (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Hier sind Meldungen eingegangen, wonach Tetuan von den umliegenden Stämmen, welche alle Gärten niedergebrannt haben, eingeschlossen sei. Es herrsche große Panik in der Stadt. Der Vertreter des Sultans für auswärtige Angelegenheiten in Zanger Torres sende Truppen und Munition auf dem Seewege. —

## Amerika.

**Roosevelt** hielt gestern in Watsonville wieder mal eine seiner weltpolitischen Reden. Er sprach von der vorherrschenden Stellung, welche die Vereinigten Staaten im Stillen Ocean besäßen. In Zukunft würden sie eine unendlich viel bedeutendere Stellung einnehmen. Im Laufe des jetzigen Jahrhunderts müsse der Stille Ocean unter amerikanischen Einfluß kommen. Dadurch werde zweifellos der Nation ein großes Maß von Verantwortlichkeit aufgebürdet. Eine Nation könne aber nicht groß sein, ohne den Preis für ihre Größe zu zahlen. —

## Australien.

**Zum Eisenbahnerstreik in Victoria** wird der „Daily Mail“ aus Melbourne gemeldet: Fast alle Lokomotivführer und Heizer der Staatsbahnen von Victoria haben die Arbeit eingestellt. Sehr wenige pensionierte Leute haben das Angebot der Regierung, für doppelten Lohn während des Streiks zu arbeiten, angenommen. Der Versuch, den Vorortverkehr zu unterhalten, ist fast gescheitert. Die Regierung giebt an, daß von 90 000 Personen, welche die Vorortzüge täglich benutzen, 15 000 am Sonnabend befördert worden seien. Die Streikenden werden aus allen Teilen Australiens mit Geld unterstützt. —

## Aus Industrie und Handel.

**Neue Reichsanleihe.** Der aus der diesjährigen Begebung von dreiprozentiger Reichsanleihe der Reichs-Hauptkasse noch zustehende Restbetrag ist an sie bereits jetzt — zwei Wochen vor dem auf den 26. d. M. festgesetzten Endtermin — vollständig bezahlt worden. Auch hat die Lieferung aller Stücke der begebenen Reichsanleihe nunmehr stattgefunden, so daß demnächst im Austausch gegen diese die Einziehung der ausgegebenen Interimsscheine vor sich gehen wird. —

**Die Margarinfabrik J. S. Mohr u. Sohn, Ges. m. b. H.,** hier, ist in Konkurs geraten. Nachdem der in Hamburg-Altona sehr bekannte Herr J. S. Mohr, der als Besidebener kleiner Butterhändler angefangen hatte, seine ausgedehnte Margarinfabrik in Warenfeld bei Altona in eine Aktiengesellschaft (unter der Firma A. V. Mohr) hatte umwandeln lassen, wurde er zunächst Direktor der neuen Gesellschaft, schied dann aber aus und begründete vor einigen Jahren in Berlin die Gesellschaft mit beschränkter Haftung J. S. Mohr u. Sohn, die, wie schon oben gesagt wurde, sich jetzt zur Konkursverwaltung gezwungen sieht. Mohr galt früher als ein sehr reicher Mann, dessen Vermögen aus 12 bis 15 Millionen Mark geschätzt wurde. Für den Wahlkreis Ostpreußen-Pommern, der jetzt sozialdemokratisch vertreten ist, sah er eine Zeitlang im Reichstag, spielte dort aber eine sehr untergeordnete Rolle. Eine gleiche Bedeutung wie das Warenfelder Geschäft hat das Berliner nie erlangt. —

**A. Niebeck'sche Montanwerke, Aktien-Gesellschaft,** Halle. In der gestern abgehaltenen Sitzung des Ausschusses der A. Niebeck'schen Montanwerke Aktien-Gesellschaft legte der Vorstand der Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1902/03 vor. Der Bruttogewinn beträgt nach Abzug der Geschäftskosten 2 734 500 M. gegen 2 628 551 M. im Vorjahre. Für Abschreibungen sollen 955 763 M. (im Vorjahre 955 445 M.) verwendet werden. Ferner wurde beschlossen, der zum 29. Juni nach Halle einzuberufenden Hauptversammlung die Verteilung einer Dividende von 12 1/2 Prozent (gegen 12 Prozent im Vorjahre) vorzuschlagen und auf neue Rechnung den Betrag von 78 456 M. vorzutragen. —

**Der Bericht des Washingtoner Ackerbau-Bureaus** bezieht den Stand des Winterweizens mit 92,6 Proz. gegen 76,4 Proz. am 1. Mai des Vorjahres und den Stand des Winterroggens mit 83,8 Proz. gegen 83,4 Proz. Der Anbau von Winterweizen beträgt nach Abzug der aufgegebenen Flächen 33 107 000 Acres gegen 27 103 000 Acres im Vorjahre. Der New Yorker Statistiker Brown schätzt den Ertrag an Winterweizen auf 546 265 000 Bushels gegen 341 498 000 Bushels im Vorjahre. Das Ackerbau-Bureau fügt hinzu, daß Weizen durch die plötzlich eingetretene Kälte keinen merklichen Schaden erlitten habe. —

## Neue Eisenbahnverbindungen in den Vereinigten Staaten.

Der Verwaltungsrat der Chicago Rod Island and Pacific-Bahn hat den Ankauf der St. Louis and St. Francisco-Bahn genehmigt. Die Chicago Rod Island and Pacific-Bahn wird 20 Millionen Dollars neue Aktien und 18 Millionen Dollars Bonds ausgeben. 20 Millionen Dollars Kapital der Chicago Rod Island and Pacific-Bahn sollen gegen 31 Millionen Dollars Kapital der St. Louis and St. Francisco-Bahn umgetauscht werden. Morgan and Company wird zu Paris 60 neue Proz. Chicago Rod Island and Pacific-Bonds und 60 gewöhnliche Aktien derselben Bahn für je 100 gewöhnliche Aktien der St. Louis and St. Francisco-Bahn liefern. Das Eigentum jeder der beiden Bahnen wird unabhängig von einander verwaltet werden. —

**Die Ausbeute der in der Witwaterdrand Minencammer** vertretene Goldmine betrug im Monat April 1903 218 900 Unzen Gold in ungefährem Werte von 229 830 Pfund Sterling, die der Aufgebirgstritte 8971 Unzen Gold in ungefährem Werte von 38 106 Pfund Sterling. Die Ausbeute im Monat März belief sich auf 208 456 Unzen Gold, die der Aufgebirgstritte auf 9009 Unzen Gold. —

## Gewerkchaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Die Straßenbahn-Werkstättenarbeiter** haben von dem Eintritt in einen Streik Abstand genommen. In der gestrigen Versammlung teilte Diebstahl zunächst mit, daß die Direktion abgelehnt habe, zu den von den Arbeitern nachgesuchten Verhandlungen vor dem Einigungsamt zu erscheinen. Bei der alsdann vorgenommenen Aussöhnung ergab es sich, daß wie am Sonntag, so auch diesmal wieder ein beträchtlicher Teil der in Frage kommenden Arbeiter fehlte. Weil damit offensichtlich bewiesen war, daß die fehlenden Arbeiter mit den geringen Zugeständnissen der Direktion zufrieden sind und sich aller Wahrscheinlichkeit nach an einem Streik nicht beteiligen würden, so beschloß die Versammlung auf Anraten der Organisationsvertreter, die Lohnbewegung abzusetzen zu erklären. — Die noch mitgeteilt wurde, sind den Arbeitern der Charlottenburger Werkstätten überhaupt keine Zugeständnisse gemacht worden. —

**Die Gärtler** waren gestern abend im Gewerkschaftshaus zusammengekommen, um die Vorbereitungen für eine Lohnbewegung zu besprechen. Die Versammlung mußte jedoch wegen vollständiger Ueberfüllung des Saales vertagt werden, nur ungefähr die Hälfte der Erschienenen konnte Platz finden, obwohl Tische und Stühle aus dem Saale entfernt waren. —

**Für das Dachbedergewerbe** ist gestern vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts ein neuer Lohnvertrag abgeschlossen worden. Vertragsschließende Parteien waren der Zentralverband der Dachbeder (Zahlstelle Berlin), sowie der Christliche Dachbeder-Verband als Arbeitnehmer und die Freie Innung des Dach-, Schiefer- und Ziegeldbergewerbes. Die Hauptbestimmungen des Tarifes sind: Neunstündige Arbeitszeit resp. acht- und siebenstündige je nach der Jahreszeit. Der Lohn beträgt bis zum 1. Juli d. J. 65 Pf., von da ab bis zum 31. März 1904 67 1/2 Pf. und vom 1. April 1904 bis 1. April 1905 70 Pf. pro Stunde. Ueberstunden sind nur in dringenden Fällen zulässig und werden mit 15 Pf. Aufschlag vergütet. Für Nachtarbeit ist pro Stunde 1 M. zu zahlen. Auswärts arbeitende Gehilfen, die einen gesetzlichen Grund zur Entlassung geben, erhalten kein Rückfahrgehalt. Im übrigen sind für Fahrgeldvergütung sowie Quartierzuschuß der auswärts Arbeitenden bestimmte Normen geschaffen. Die Parteien versprechen gegenseitig, nur tarifreue Gehilfen zu beschäftigen und andererseits nur bei tarifreuen Unternehmern zu arbeiten. Hierdurch soll erreicht werden, daß auch die der Innung nicht angehörigen Arbeitgeber den Tarif anerkennen. Alle vorkommenden Differenzen unterliegen der Schlichtung einer zu gleichen Teilen aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern gebildeten Tarifkommission. Erfolgt hier keine Einigung, so entscheidet das Innungs-Schiedsgericht und als letzte Instanz das Einigungsamt. Ehe dieses gesprochen, darf kein Streik oder Aussperrung erfolgen. Der Tarif hat Gültigkeit für Berlin und die Vororte und läuft vom 18. Mai d. J. bis zum 1. April 1905. —

**Achtung, Steinseher!** Die Differenzen bei der Firma D. Baumann auf dem Bau Hohen-Neuendorf bei Dranienburg sind noch nicht erledigt. Der Firmeninhaber hat im Gegenteil erklärt, daß er sich Lehrlinge „horgen“ und mit diesen die Arbeit fertigstellen will. Die Versammlung am Freitag wird sich angesichts dieser Sachlage mit der Frage zu beschäftigen haben, ob nicht sämtliche Bauten der genannten Firma zu sperren sind. —

**Achtung, Kammer!** Bei der Firma Dietrich auf dem Bau Hedemann- und Wilhelmstraße, Kolter steil, ist ein Kammer in ungerichtetiger Weise gemauert worden, ein anderer Kollege hat sich mit dem Gemauerten solidarisch erklärt; daher ist der Bau für die Kammer bis auf weiteres gesperrt. —

### Die Lohnkommission.

**Klempner.** Die Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes ersucht, den Zugang von Klempnern nach Hannover fernzuhalten, weil sich die dortigen Kollegen im Streik befinden. —

**Drahtspinner und Aufwinder.** Bei der Firma Schulz-Halsenheide drohen die Differenzen wegen der streikenden Drahtspinner einen größeren Umfang anzunehmen. Am Montag stellten dort weitere zwölf Mann die Arbeit ein, weil sie aus anderen Abteilungen des Betriebes herausgenommen wurden und Streikarbeit verrichten sollten. Am Donnerstagabend findet eine Versammlung sämtlicher im Betrieb beschäftigter Arbeiter statt, die eventuell über einen Gesamtaustrittsbeschluß fassen wird. —

**Achtung, Dreierträger, Brettschneider!** Die Kollegen der Firma Schiffer u. Sohn, Charlottenburg, Leibnizstraße, haben am Dienstag die Arbeit niedergelegt wegen Nichtanerkennung des alten Tarifs. Da zwischen der Firma und der Lohnkommission durchaus keine Einigung zu erzielen ist, werden sämtliche Kollegen ersucht, den Platz stricke zu meiden und nicht um Arbeit anzufragen. —

### Deutsches Reich.

**Die Aussperrung in Firmasend.** Eine Privatbesuche aus Firmasend meldet uns, daß die Arbeiter neuerdings wieder Einigungsversuche gemacht haben, die aber von den Fabrikanten abgelehnt wurden. Die Fabrikanten wollen eine Auslese unter den Aussperrten halten, und 400 Arbeiter nicht wieder einstellen. Eine am Dienstag abgehaltene Versammlung von 4000 organisierten Arbeitern lehnte dieses Ansuchen einstimmig ab. Die Aussperrung dauert also unverändert fort. —

**Fischerstreik in Polen.** Seit 14 Tagen befinden sich in Polen sämtliche Bau- und Möbelschler im Auslande. Auf dreimalige Ersuchen der Gesellenkommission an die Meister, eine gemeinschaftliche Kommissionsitzung anzubereitern, um die gestellten Forderungen zu beraten, erfolgte stets eine ablehnende Antwort. Die Forderungen der Bautischler sind folgende: 9 1/2-stündige Arbeitszeit, 40 Pf. Stundenlohn und ein dementsprechend erhöhter Accordtarif. Die Möbelschler verlangen die 10-stündige Arbeitszeit, 32 Pf. Stundenlohn und Festlegung der Accordpreise. Es befinden sich rund 250 Bautischler mit 275 Kindern im Auslande. Die Bautischler sind sämtlich im Deutschen Holzarbeiter-Verbande organisiert. Die Möbelschler, deren Gesamtzahl auf 220 zu schätzen ist, gehören zum größten Teil dem christlichen Verbands an. Die Meister nehmen durchweg eine scharf ablehnende Haltung ein. Wie es ihnen um eine Einigung zu thun ist, erlischt man daraus, daß die Kommissionsmitglieder der Möbel-Fischermeister für ihre eigene Sitzung eine Entschädigung von 6 M. pro Tag verlangen, während dieselben den Gesellen einen Stundenlohn von 32 Pf. absprechen. Die um solch minimale und gerechte Forderungen kämpfenden Bau- und Möbelschler Polens bitten insofern um die moralische Unter-

stützung ihrer Kollegen in Deutschland, als dieselben den Zugang nach Polen streng fernhalten. —

**In der Fabrik von Reichenbach in Lüneburg** ist ein Streik ausgebrochen, weil der Fabrikant den Jahrlatz auf den Dienstag verlegen will, die Arbeiter aber dagegen sind. An dem Ausstand sind etwa 100 Arbeiter, meist Böttcher beteiligt. —

**Zum Straßburger Bauarbeiterstreik.** Die beschlossene Aussperrung ist nicht ausgeführt worden, und zwar, wie es heißt, auf Anraten der Polizeibehörde, welche erklärt haben soll, daß sie für den Fall der Aussperrung nicht in der Lage sei, die Ordnung aufrechtzuerhalten. —

**Bei der Gewerbegerichtswahl in Nürnberg,** die am Montag stattfand, erhielten die Kandidaten der freien Gewerkschaften 7800 Stimmen, das sind 4700 Stimmen mehr wie bei der vorigen Wahl. Die Hirsch-Dunderschen, die sich an der freiwilligen Ueberlassung eines Besitzers und eines Stellvertreters seitens der freien Gewerkschaften bekanntlich nicht beteiligen wollten, wurden durch ein hinterlistiges Wahlmanöver zum Ziel kommen. Sie hatten im letzten Augenblick eine „eigene“ Liste aufgestellt, die neben vielen Namen von bekannten Mitgliedern freier Gewerkschaften einige Hirsch-Dundersche Kandidaten enthielt. Dies planpte auf Täuschung der Wähler berechnete Manöver verfehlte seinen Zweck. Die Hirsch-Dunderschen erhielten nur 460 Stimmen. Das frühere Eingekommenen der freien Gewerkschaften haben die Wahlschwindler nun natürlich für immer verherzt. —

### Rosland.

**Bauarbeiterausstand in New York.** „Daily Telegraph“ meldet aus New York: Durch Ausstände und Aussperrungen, welche gegen 100 000 Arbeiter umfassen, ist die Bauhätigkeit ins Stoden geraten. Tatsächlich feiern fast alle Zimmerleute, Erdarbeiter, Fuhrleute und Ziegelmacher. In Brooklyn hat die Polizei in Folge von Ausschreitungen ausländischer Grobhandlanger eingegriffen. —

## Wahlveranstaltungen.

**Grünau.** Am Sonnabend tagte hier eine Volksversammlung, welche sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen hatte. In derselben sprach Genosse Jubel über die bevorstehenden Reichstagswahlen. Am Schluß seines Vortrages wurde dem Redner reichlicher Beifall zu teil. Begier meldeten sich trotz mehrmaliger Aufforderung nicht zum Wort. Eine Resolution, in der sich die Versammelten verpflichteten, am Tage der Wahl nur dem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimmen zu geben, wurde angenommen. —

**Rosen.** Am Sonntag fand hier selbst die erste, gut besuchte sozialdemokratische Wählerversammlung statt. Genosse Jubel referierte über: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen“. Redner ermahnte am Schluß seines Referates speziell die anwesenden Frauen und Mädchen, die Männer für ihre Sache zu begeistern. Gerade jetzt würden die Arbeiter seitens der Arbeitgeber bei einem gemeinsamen Schoppen Bier zu lockern versucht. Mit der Aufforderung, thätig und opferwillig die Flugblattverbreitung zu betreiben, schloß der Referent seine mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Im weiteren wurde bekanntgegeben, daß die Genossen Hermann Schwoitz, Kirchstr. 19 I, Hermann Kotte, Rich 10, und Franz Stasemann, Auf der Breite, für die Wähler, welche keine Zeit haben, die Wählerlisten einsehen werden. —

## Versammlungen.

**Der Zentralverband der Zimmerer (Zahlstelle Berlin und Umg.)** hielt am Sonntag im Gewerkschaftshaus seine regelmäßige Delegierten-Versammlung ab. Den Vortragsbericht vom 1. Quartal 1903 gab Wellso. An Einnahmen waren erzielt 54 767,28 M., denen eine Ausgabe von 9570,46 M. gegenüberstand. Der Restbestand beträgt somit 44 896,82 M. Nach der einstimmigen Entlassung des Kassierers wurde eine vom Vorstande für die Zahlstelle ausgearbeitete Geschäftsordnung nach einigen unwesentlichen Änderungen angenommen. Hierauf erfolgte die Wahl der Ausschussmitglieder des Gesamtverbandes. Gewählt wurden Rube, Schröder, Weiß, C. Schulz, Tappert, Licht und Weismantel. In die Schlichterkommission wurden gewählt als ständige Mitglieder: Rube, Knäuper, Witt, Reimann und Gufmann, und als Stellvertreter: Heinrich, Bergemann, Rose und Wolter. —

**Berlin.** Der Wahlverein hielt am 8. Mai seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Gänzel hielt einen Vortrag über: „Gegnerische Broschüren zur Reichstagswahl“. Aufgenommen wurden 16 neue Mitglieder. Ferner wurde bekanntgegeben, daß nachstehend benannte Genossen die Wählerliste einsehen für diejenigen, welche keine Zeit dazu haben: Fritz Weniger, Werderstr. 27, August Kierich, Werderstr. 33 im Laden, August Klinge, Chausseestr. 38 im Cigarrenladen. —

**Verband der Freieingehilfen Deutschlands, Zweigverein Berlin.** Donnerstag, den 14. Mai, abends 10 Uhr: Wanderversammlung bei Hermann, Emdenerstr. 51. —

**Zentralverband der Handlungsgeschäften und Gehilfen Deutschlands.** Bezirk Berlin. Mittwochabend 9 Uhr: Sitzung in den „Kaminhallen“, Kommandantenstr. 20. Gäste sind willkommen. —

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Deutschland und Kanada.

**London, 12. Mai.** (B. T. B.) Die vorgestrige Meldung des Reuterschen Bureaus über die Bestimmungen der kanadischen Zollverwaltung bezüglich deutscher Waren ist wie folgt richtig zu stellen: Hinsichtlich der Waren, welche in Deutschland bis zum 16. April einschließlich gekauft und vor dem 30. Juni nicht, wie irrtümlich gemeldet, „vor dem 13. Juni“ ohne Zulassungssteuer in Kanada eingeführt werden sollen, müssen die Exporteure der Faktura eine Erklärung beifügen, daß Ordre für diese Waren bis zum 16. April angenommen worden ist. —

### Rußland in China.

**Peking, 12. Mai.** (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der hiesige russische Geschäftsträger hat beruhigende Erklärungen abgegeben. Nach dem Empfang eines Telegramms, in welchem gemeldet wurde, daß von England, Japan und den Vereinigten Staaten ein gemeinsames Vorgehen bezüglich der Mandchurien ins Auge gefaßt werde, veröffentlichte der russische Geschäftsträger eine offizielle Note, daß die ganze Mandchurien dem fremden Handel offen stehe und daß Pässe nicht länger erforderlich seien. —

Es ergibt sich, daß ursprünglich 500 Mann russischer Truppen in Kutschwang gesandt haben, die an dem für die Räumung festgesetzten Termin zurückgezogen wurden, daß aber eine Truppenabteilung von gleicher Stärke später dorthin zurückgekehrt ist. Die wieder in den Kauforts eingezogenen Truppen waren eine Abteilung, die nach einer im Süden der Halbinsel liegenden Station marschierte und die Forts als Ruhepunkte benutzte. Daraus soll das Gerücht von der Wiederbesetzung der Forts entstanden sein. —

Der amerikanische Konsul aus Kutschwang ist zu einer Besprechung mit dem amerikanischen Gesandten Conger in Peking eingetroffen. —

**Budapest, 12. Mai.** (B. T. B.) Das Eisenbahntarifs-Gesetz in Proß wurde von einer Rote Banern angegriffen, die die ungarischen Zehntelherren herabzuziehen wollten. Bei Erscheinen des Militärs zerstreute sich die Menge. In Sissef wurden der Adokat Superina und der Buchdrucker Dindal wegen Anstiftung antisemitischer Ausschreitungen verhaftet. In einigen Ortschaften des Belovarer Komitats wurden Verhaftungen wegen Verbreitung aufrührerischer Kufrufe vorgenommen. Die Behörde hat zahlreiche in Basel gedruckte über Laibach nach Kroatien geschmuggelte Kufrufe anarchistischen Inhalts beschlagnahmt. —

Die Zollaussbentung der Kleinbauern.

Wenn die herrschenden Klassen irgend eine notwendige, sich unabwendlich aufdrängende gesetzgeberische Handlung hintertreiben wollen, dann veranstalten sie Erhebungen. Wenn sie aber irgend eine Prellerei des Volkes zu Gunsten einzelner Interessenten durchzuführen, dann hintertreibt man die notwendigen Erhebungen. Daß die Fleischpreise eine unerhörte Höhe erreicht hatten und zwar wesentlich infolge der „sanitären“ Maßnahmen — nie war ein Schwindel frecher —, dazu bedurfte es keiner Untersuchung, das fühlte jeder, das sah jeder. Ursache und Wirkungen waren gleichermaßen klare Tatsachen. Wie die Massen aber ungebärdig wurden, verschüttete man die Erregung in einer überaus gründlichen Untersuchung, die erst ein Ende hatte, als das Parlament geschlossen und die Fleischpreise ein wenig gesunken waren. So brauchte man nichts zu thun, so durften die viehzüchtenden Großgrundbesitzer den Hunger der Massen ungefürt bewahren.

Umgekehrt wurde beim Zolltarif verfahren. Hier mußten die wirklichen Verhältnisse der Landwirtschaft im Dunkeln bleiben. Vor allem galt es, die Tatsache aus der Welt zu schieben, daß gerade die Kleinbauern durch die Zölle bedrängt würden; denn der Schutz der Kleinbauern war ja die größte Lüge, durch die man dem feudalen Raubzug eine demokratische Entschuldigung zu geben bemüht war. Darum wurde das Verlangen nach einer Enquete unter den wichtigsten Vorwänden verteuert. Man „schätzte“ durch ungeheure Zölle die Landwirtschaft, ohne ihre Verhältnisse zu kennen. Statt der wissenschaftlich gewonnenen Zahlen mußte das Geschrei der Junker genügen, und der ihnen willfährigen Regierung und Parteien.

Zwischen sind wertvolle wissenschaftliche Untersuchungen erschienen, die das agrarische Lügengebäude von dem kleinbäuerlichen Interesse an den Agrarzölle gründlich und endgültig zerstören. Hechts Veröffentlichung über die bairische Landwirtschaft haben wir seiner Zeit gewürdigt. Er bewies auf Grund amtlicher Zahlen unüberleglich, daß die große Zahl der Kleinbauern durch die Zölle in gleichem, teils in noch höherem Maße benachteiligt werden als Arbeiter, Handwerker, Kaufleute, Beamte.

Märzlich ist nun in der Sammlung „Volkswirtschaftlicher Zeitfragen“ eine Schrift von Dr. W. Rubow erschienen: „Die hinterkommene Landgemeinde Schwesin, die Lage ihrer Landwirte und ihr Interesse an den Getreidezölle.“ (Berlin, Verlag von L. Simion, Preis 1 M.). Dr. Rubow ist der Sohn eines Schwesiner Kleinbauern. „Es war nicht Haß gegen die Landwirte, sondern Uneinigkeit gegen den Bauernstand, dem ich noch durch verwandtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen verbunden bin, die mir die Feder in die Hand drückte. Weil ich die neueste Zollpolitik für meine enge Heimat für verderblich hielt, entschloß ich mich, ihre Verhältnisse darzustellen.“

Rubow weist nun auf Grund genauer Einzelaufnahmen nach, daß einmal in seiner Heimat von einer eigentlichen Kostlage keine Rede sei, sondern daß durch die Getreidezölle die Kleinbauern nicht gefördert, sondern stark geschädigt werden.

Schwesin liegt im Regierungsbezirk Köslin. Der Boden ist — wie citieren im Nachfolgenden auszugsweise die Schrift — in der Hauptsache nur mittlerer und geringer, zum großen Teil sogar ganz schwacher Qualität. Die 1585 Hektare umfassende Feldmark Schwesins ist in folgender Weise unter die Grundbesitzer verteilt.

Table with 4 columns: Grundbesitzer, 1/2 ha, 1 ha, 2-3 ha, 3-4 ha, 4-5 ha, 5-10 ha, 10-15 ha, 15-20 ha, 20-30 ha, über 30 ha. Rows show number of owners for each category.

Von den drei Besitzungen über 30 Hektar umfaßt eine 37 Hektar, eine 54 Hektar und die größte 102 Hektar, wovon 114 Hektar Waldboden, zum Teil sogar unangebaute, sind, so daß auch der größte Besitzer nur über 48 Hektar landwirtschaftlicher Fläche verfügt.

Es sind also durchweg Zwerg- und Kleinbauern. Parzellenbetriebe bis zu 2 Hektar sind Nebenbetriebe von in andern Hauptberufen Tätigen. Betriebe von 2 bis 5 Hektar beschäftigen die ganze Familie in der Regel noch nicht ausreichend. Auf schlechtem Boden geht die Grenze noch weiter hinaus. Die als mittelbäuerliche bezeichneten Betriebe von 5 bis 20 Hektar können gewöhnlich ohne fremde Arbeitskräfte aus. Dienstboten können aber auch in Wirtschaften von 15 bis 20 Hektar nur schwer entbehrt werden, so lange die Kinder nicht erwachsen sind. In den wenigen noch größeren Wirtschaften sind 2 bis 3 Dienstboten die Regel, die größte hält deren sechs.

Von der Anbaufläche sind 205 Hektar mit Winterroggen, 155 mit Hafer, 108 mit Kartoffeln, 65 mit Klee, 25 mit Kohlrüben bestellt.

Sehr stark und in ständigem Wachsen begriffen ist die Viehhaltung:

Table with 5 columns: Pferd, Rindvieh, Schafen, Schweinen. Rows show numbers for years 1883, 1900, 1902.

Die vor 20 Jahren schon recht starke Viehhaltung hat sich also inzwischen noch wieder sehr bedeutend gehoben, bei den Pferden um 41,6 Proz., beim Rindvieh um 25,2 Proz. und bei den Schweinen gar um 110,2 Proz.

Interessant sind die Angaben über die steigenden Grundstückspreise. 1811 zahlte der erste Erwerber des Vorwerks Schwesin — 1600 Morgen mit Gebäude — 15 828 Thaler. Der Nachfolger verkaufte in den Jahren 1835 bis 55 1428 Morgen für 36 610 Thaler, eine Preissteigerung des Bodens auf das 2 1/2 fache. 1857 wurde das Restgut — etwa 160 Morgen — für ungefähr die gleiche Summe verkauft, wie 1811 das ganze zehnfach größere Gut kostete.

In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts sind dann die Preise weiter gestiegen. Von einem Acker ist bis heute nichts bemerkt worden. Im Gegenteil, sie haben eine beinahe ungeheure Höhe erreicht.

Die Darlehne sind seit 20 Jahren um 60—80 Proz. gestiegen. Der ortsübliche Tageslohn beträgt aber immer noch nur 1,60 M. für Männer, 1,20 M. für Frauen. Der Tagesdienst im Walde beträgt bei harter Arbeit nur 1 M. Rubow hebt hervor, daß die Versicherungsgesetzgebung, über die sich die Agrarier so bitter beklagen, neben der Verlohnsteigerung gar nicht ins Gewicht fällt, diese „Belastung“ beträgt nur 11—15 Proz. der Verlohnsteigerung.

Nach der Veranlagung für 1902/3 waren unter den Landwirten in Schwesin 63 Centner, die zur Einkommen- oder Ergänzungssteuer eingeschätzt waren, die also entweder ein Einkommen von über 900 M. oder ein Vermögen von mehr als 6000 M. hatten. 19 Landwirte sind zu einem Einkommen von über 900 M. eingeschätzt. Von den 63 eingeschätzten Landwirten haben 18 ein Kapitalvermögen von zusammen 48 000 M. angegeben. Das Grundvermögen (Wert des eignen Besitzes einschließlich des Betriebskapitals) aller Centner ist zu 868 040 M. eingeschätzt. Schulden haben sie 211 601 M., 23,1 Proz. des Gesamtvermögens.

Wie steht es nun um das Interesse an den Getreidezölle?

Nur ein einziger Besitzer verkauft regelmäßig 40—60 Centner Getreide, und zwar Roggen. Er besitzt 37 Hektar Fläche, darunter 24 Hektar Ackerland und 6 Hektar Wiesen. Auch dieser Besitzer würde, wie er selbst eingesteht, seinen Viehstand vergrößern und sein Korn veräußern, wenn er es nötig hätte. Um mehr Vieh halten zu können, müßte er bauen und einen Dienstboten mehr einstellen. Er will bequem leben, und da macht der Verkauf des Getreides weniger Scherereien als die Verwertung im eignen Betriebe, wenn es auch so weniger einbringt. Außer diesem Wirt verkauft keiner regelmäßig Korn. Nur bei dringendem Geldbedarf verkaufen andre Besitzer dann und wann einige Centner Roggen oder Hafer. Aus den Angaben aller Landwirte beziffert sich der durchschnittliche jährliche Verkauf an Körnern auf 150 bis höchstens 200 Centner. Das macht im Höchstenfall bei einem Preise von 6 M. pro Centner eine Einnahme von 1200 M., im Verhältnis zur Fläche und zu den sonstigen Einnahmen der Landwirte eine ganz geringfügige Summe. Von andern Ackerbauprodukten spielt nur die Kartoffel für den Verkauf und die Einnahmen einiger Betriebe eine nennenswerte Rolle. Alle andern Ackerbauprodukte werden in der eignen Wirtschaft von Menschen und Vieh konsumiert.

Der menschliche Getreidekonsum wird von der Reichsstatistik auf 180 Kilogramm pro Kopf und Jahr berechnet. Rubow findet diesen Satz für Schwesin zu niedrig; er rechnet über mehr als 200 Kilogramm. Der Gesamtkornverbrauch der Gemeinde (Menschen, Ausfaat, Vieh) beziffert sich auf 18 495 Centner, die Körnerernte ergibt 14 260 Centner, bleibt ein Zukaufbedarf von 4235 Centner.

Rubow weist auf einen Beschluß des Deutschen Landwirtschaftsrats hin, der erklärt, daß eine Verfütterung von Brotgetreide unter normalen Preis- und Marktverhältnissen weder notwendig noch wirtschaftlich lohnend sei. Dazu bemerkt Rubow (S. 58):

„Dieser Beschluß zeigt, wie sehr bis in die höchste Organisation des Reichs hinauf die landwirtschaftlichen Vertretungen von dem Interesse des kornerbauenden Großgrundbesitzes beherrscht werden, wie weit der weiterverarbeitende Kleingrundbesitz hinterrückt. Es ist eine Vinstenwahrscheinlichkeit, daß die Verfütterung nicht lohnend ist, wenn sie künstlich unlohnend gemacht wird durch die Zollbelastung des Getreides. Denn daß dies, d. h. die Verantwortung des Zolls, die Absicht der Erhebung und des Beschlusses war, ist kein Zweifel. Wenn der Deutsche Landwirtschaftsrat mehr bei kleinen Viehzüchtern und Mästern Umfrage halten würde, so würde er zur Antwort bekommen, daß bei den heutigen Viehpreisen die Kornverfütterung lohnend ist, selbst wenn der Roggenpreis durch den 7,50 Mark-Zoll um 1,50 Mark pro Centner gesteigert würde.“

Der wirkliche Körnerzulauf in Schwesin ist noch größer als in der obigen Berechnung. Rubow nimmt dann, um dem Streit, wer den Zoll trage, aus dem Wege zu gehen, daß der deutsche Zoll den Weltmarktpreis des Getreides um ein Zehntel des Zollbetrages drückt; so ermäßigt sich die Zollbelastung des Doppelcentners von 3,50 M. auf 3,15 M. im Inlande, des Centners von 1,75 auf 1,57 M. Die Gemeinde Schwesin trägt also in dem Zulauf von 4235 Centner Getreide und Getreideprodukte eine Last von 6649 M., die nur durch den Zoll verursacht wird. Bei der Erhöhung des Zolls auf den vom Reichstage beschlossenen Mindestsatz von 5 M. pro Doppelcentner würde die Belastung sich auf 9529 M. stellen, wenn ebenfalls 10 Proz. des Zolls für den Druck auf den Auslandspreis zum Zollbetrag abgezogen werden. Die Mindestsätze des neuen Zolltarifs bedeuten also, wenn sie jemals in Kraft treten, eine Mehrbelastung von 2880 M. für die Gemeinde. Damit könnte sie bis auf 20 M. ihre Kommunalsteuer ohne die Schulklassen bezahlen. Schon heute macht die Pollast beinahe das Eineinhalbfache der gesamten direkten Steuern (4604 M.), die die Gemeinde für öffentliche Zwecke aufzubringen hat, aus.

Das sind Zahlen und Tatsachen, die keine von den Wanderrednern des Bundes der Landwirte hergeleitete Phrase, keine Behauptung der Bangenheim, Herold, Heim zu erschüttern vermag. Gätten wir für ganz Deutschland eine gründliche Untersuchung der agrarischen Verhältnisse, keine Regierung würde mehr wagen, unter Berufung auf die Kleinbauern Bucherzölle zu verlangen.

Partei-Nachrichten.

Die Lebensmittelzölle und die indirekten Steuern. Wer sie zahlt und wem sie nügen. Eine neue Agitationsbrochüre: gelangt soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts zur Ausgabe, in welcher der Nachweis von der die Lebensmittel verteuernenden Wirkung der Zölle und indirekten Steuern erbracht wird. Der Verfasser zeigt, wie jede Erhöhung der Zölle auf die notwendigsten Verbrauchsgüter eine Verschlechterung der Lebenslage des arbeitenden Volkes nach sich ziehen muß, wie die indirekten Steuern also kulturfeindlich sind, und deshalb von jedem Volksschreie bekämpft werden müssen. Die arbeitende Bevölkerung muß aber um so mehr gegen diese Steuerpolitik ankämpfen, als die durch indirekte Steuern aufgebrauchten Mittel zum überwiegendsten Teile der Erhaltung von Heer und Marine geopfert werden, also kulturwidrigen Zwecken dienen müssen.

Zu alledem kommt aber noch hinzu, daß die Zölle, dem Schutze der Landwirtschaft dienen. Die Broschüre zeigt, wie die eintretende Preiserhöhung nicht den kleinen Grundbesitzern, wohl aber den reichen Latifundienbesitzern zu gute kommt und ihnen auf Kosten der übrigen Bevölkerung ein Schmarotcherleben garantiert. Die leicht verständliche Darstellung des behandelten Gegenstandes macht die Schrift für die Wahltagung in Stadt und Land besonders geeignet.

Der Einzelpreis ist 10 Pf. — Die Agitationsausgabe, die aber nicht an Buchhändler, Kolporteurs z. geliefert wird, kostete 500 Exemplare M. 15,—; 1000 Exemplare M. 25,—; 5000 Exemplare M. 100,—.

Bestellungen sind zu richten an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 69.

Die Schultheiß-Bräuerei und der Kampf um die Versammlungssätze in Leipzig. Herr Direktor Köstke stellt uns eine Abschrift des Briefes, der von der Schultheiß-Bräuerei an den Brauereiverein in Leipzig gerichtet wurde, zur Verfügung. Der wesentliche Teil des Briefes lautet:

„Gelegentlich der in einigen Zeitungen erfolgten Belanuttgabe von Brauereien, welche sich der dortigen sozialdemokratischen Partei zur Lieferung von Bier an Stelle der hofpatentierten Brauereien angeboten haben, ist zwar unsre Firma nicht mit aufgeführt, es ist aber doch die Bemerkung hinzugefügt, daß den am Boykott beteiligten Arbeitern auch die Biere der Schultheiß-Bräuerei zur Verfügung stehen. Daraus könnten Uneingeweihte die Ansicht gewinnen, daß auch wir zu den Brauereien gehören, welche aus dem gegen Ihren Verein geführten Kampf für sich Nutzen zu ziehen bemüht sind. Das ist unrichtig. Wir bedienen zwar unsre bisherige Kundenschaft in gewohnter Weise, werden uns aber hierauf beschränken und keinesfalls unsren dortigen Veräußerungen durch direkte oder indirekte Lieferung an deren Kundenschaft in den Rücken fallen.“

Von einer Einschränkung der Lieferungen ist also in diesem Briefe keine Rede. Die Schultheiß-Bräuerei läßt eine „wohlwollende Neutralität“, wie dies in der Diplomatenprache heißt, dem Leipziger Brauereiverein gegenüber aus. Wenn dieses Wohlwollen nicht so weit geht, daß die Brauerei ihre bisherigen Leipziger Abnehmer kontingentiert und ihnen so eine Erweiterung ihres Geschäftsbetriebes unmöglich macht, darf man füglich dagegen nichts einwenden. Man kann die Brauerei nicht mit Gewalt zwingen, neue Abnehmer für ihre Produkte zu suchen. Es ist Sache der Leipziger Arbeiter, event. durch Uebung der Enthaltbarkeit ihre Sache zum Siege zu führen. Anders, wenn die Schultheiß-Bräuerei Schritte unternimmt, welche als direkt gegen die Arbeiterchaft gerichtet angesehen werden müssen. Dann muß auch die Arbeiterchaft an andren Orten den Leipziguern die Solidarität üben, welche die Schultheiß-Bräuerei ihren Leipziger Veräußerungen gegenüber nicht vermissen lassen will.

Sociales.

Das Verfahren auf Einleitung der Fürsorge-Erziehung betrifft eine wichtige Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts. Nach dem Gesetz über die Fürsorge-Erziehung Minderjähriger können in Fürsorge-Erziehung nur Personen unter 18 Jahren gegeben werden, während die Fürsorge-Erziehung einmal eingeleitet, bis zur Volljährigkeit währt. Ein westpreussisches Amtsgericht hatte nun die Fürsorge-Erziehung eines jungen Mädchens beschlossen, als es noch nicht 18 Jahre alt war; der Beschluß, der angefochten werden kann, wurde aber erst rechtskräftig, nachdem das Mädchen bereits das 18. Lebensjahr vollendet hatte. Die zur Ausführung des Beschlusses berufene Behörde, der Provinzialauskunft, lehnte deshalb die Ausführung ab, indem er geltend machte, für die Einleitung der Fürsorge-Erziehung komme es auf die Rechtskraft des amtsgerichtlichen Beschlusses an. Gabe am Tage, wo der Beschluß rechtskräftig wurde, die Person das 18. Lebensjahr bereits vollendet gehabt, dann könne die Person nicht mehr unter Fürsorge-Erziehung gestellt werden. Der Oberpräsident beanstandete das ablehnende Verhalten des Provinzialauskunftes, wodurch die Angelegenheit vor das Ober-Verwaltungsgericht kam. — Dieses billigte zwar aus einem formellen Grunde nicht die Beanstandung des Oberpräsidenten, stimmte in der Sache selbst aber der Auffassung des Oberpräsidenten zu, daß für die Zulässigkeit der Fürsorge-Erziehung maßgebend sei der Tag der Beschlußfassung des Amtsgerichts und nicht der Tag der Rechtskraft des Beschlusses. Es genügt in Bezug auf die zeitliche Zulässigkeit der Unterstellung unter Fürsorge-Erziehung, daß der Beschluß vor der Vollendung des 18. Lebensjahres gefaßt werde, wie das hier geschehen sei.

Die Kinderschut-Gesetzgebung in Nordamerika

ist in den einzelnen Staaten sehr verschieden entwickelt; neben sehr fortgeschrittenen Schutzgesetzen findet man andre Staaten, namentlich die fählichen, wo die Kinderausbeutung auf das schamloseste betrieben wird. Unter den ersteren ist der Staat Oregon zu zählen. Dort ist die Arbeit der Kinder unter 14 Jahren in Fabriken, Werkstätten und Lagerhäusern durchaus verboten. Soweit leichtere Beschäftigung von Kindern (zu Botengängen zc.) gestattet ist, darf dieselbe nicht während der Schulzeiten ausgeübt werden. Die Arbeitszeit dieser Jugendlichen darf nicht länger als zehn Stunden täglich und nicht mehr denn 6 Tage wöchentlich betragen. Ferner ist vorgeschrieben eine halbe Stunde Mittagszeit. Personen, die nicht schreiben und lesen können, dürfen nicht beschäftigt werden. Die mit der Fabrikinspektion betrauten Beamten können, wenn ihnen die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen für die betr. Arbeit zu schwach erscheinen, die Verbringung eines ärztlichen Attestes verlangen. An Strafen sind vorgesehen für den ersten Uebertretungsfall 40—100, für den zweiten 100—200 M., für den dritten und jeden weiteren 10—30 Tage Gefängnis. Auch die Eltern und Erzieher machen sich, wenn sie ihre Pflichten gegen die Bestimmungen des Gesetzes beschäftigen lassen, strafbar.

Aus der Frauenbewegung.

Polizei und Frauen-Wahlverein.

Von mehreren Seiten wird uns die Mitteilung, daß in den Wohnungen von Mitgliedern des Frauen-Wahlvereins Herren erschienen, welche sich als Beamte vom Polizeipräsidium ausgaben. Dieselben fragten an, ob die betreffende Frau dem Wahlverein angehöre, wo sie geboren wäre zc. Welchen Zweck diese polizeilichen Recherchen haben sollten, ist uns nicht bekannt.

Da viele Frauen durch diese Verhaftungen sich beunruhigt fühlen, hat man an uns die Anfrage gerichtet, ob denn die Mitglieder des Vereins verpflichtet seien, auf dergestalt gestellte Anfragen Auskunft zu geben. Das ist nicht der Fall. Die Polizeibehörde hat sich wegen jeder Auskunft über den Verein und seine Mitglieder an den Vorstand des Vereins zu wenden; an diesen mögen unsre Genossinnen etwa bei ihnen vorprechende Beamte oder Leute, die sich dafür ausgeben, verweisen.

Schöneberg. Der Verein für Frauen und Mädchen für Schöneberg und Umgegend hält heute Mittwoch seine regelmäßige Mitgliederversammlung im Lokal von Obst. Weiningerstr. 8, ab. Herr Dr. Röder spricht über die Ursachen der Wirbelsäulekrümmung der Kinder und ihre Verütung. Die Frauen und Mütter Schönebergs werden ersucht, recht zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen. Gäste, Herren sowie Damen, haben Zutritt. Der Vorstand.

Frauen-Wahlverein Lettow-Beckow-Storkow-Charlottenburg. Eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung tagte Sonntag, den 10. Mai, in Rixdorf. Genosse Hennig behandelte das Thema: „Die Entwicklung der Sozialdemokratie“. Der Referent schilderte anschaulich die Vorgänge in der Arbeiterbewegung vom Jahre 1848 bis in die neueste Zeit. Die Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft. Die Redner und Rednerinnen zeigten an praktischen Beispielen, daß sie es begriffen haben, was es heißt, mitzuarbeiten im Interesse der Partei. Unter Verschiedenes wurde mitgeteilt, daß die nächste Versammlung Sonntag, den 24. Mai, abends 6 Uhr, bei Holsbach, Hermannstr. 126, stattfindet. Mitglieder werden in der Versammlung, bei Frau Mohr, Wilmannsstr. 10, und Frau Jecy, Steinwegstr. 120, aufgenommen.

Weibliche Gemeindebeamte. Wie man uns aus Baden schreibt, ist nunmehr in der Stadtgemeinde Offenburg das neue Ortsstatut durchgeführt, welches in zwei Verwaltungszweigen eine Mitwirkung des weiblichen Geschlechtes ermöglicht. Die Anregung ging aus von der sozialdemokratischen Vertretung auf dem Rathhause; die Regierung hatte in letzter Instanz nichts gegen das Prinzip einzuwenden, demzufolge die Frauenvertretung in den beiden Kommissionen der Armenverwaltung und der städtischen Schulaufsicht zulässig ist. Nur wurde bestimmt, daß die Zahl der Männer im überwiegenden Verhältnis zu jener der Frauen stehen muß. In der Schulkommission befindet sich jetzt, gewählt von den Lehrerinnen, Fräulein Dübberger, eine Hauptlehrerin der Volksschule; im Armenrat sitzen sieben Frauen, darunter als Angehörige der sozialdemokratischen Partei Frau Marie Gese, die Gattin des Abgeordneten G.; es sind alle politischen Richtungen und alle Konfessionen unter den Rathausdamen vertreten. Im Stadtrat ist unsre Partei durch die Genossen Monck und Frieche (ein früherer Berliner), im Stadtverordneten-Vorstand durch Ad. Ged und im Bürgerausschuß durch 15 Stadtverordnete vertreten. Unser Stadtrat Monck ist von allen „Priestern der Gemeinde“ am meisten in Anspruch genommen, da er außer den Sitzungen des Stadtrates noch in 10 Kommissionen zu funktionieren hat.

**Inserate** für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Mittwoch, den 13. Mai.  
Anfang 7 1/2 Uhr:

**Cyberhaus.** Così fan tutte. (So machen es Alle.)  
**Schauspielhaus.** König Lear.  
**Neues Operntheater.** Geschlossen.  
**Deutsches.** Roma Roma.  
**Berliner.** 100 000 Thaler.  
**Leffing.** Der blinde Passagier.  
**Neues.** Pelles und Melisande.  
**Reviden.** Lutti.  
**Weißen.** Dubarry.  
**Central.** Madame Scherry.  
**Thalia.** Auf eigenen Füßen.

**Schiller O.** (Wallner-Theater.)  
Die Hexe.  
**Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.)  
Jugendfreunde.

**Belle Alliance.** Freigesprochen.  
Hierauf: System Aubert.  
**Carl Weiss.** Jugendstürme.  
**Casino.** Unser Goldjunge. Specialitäten.

**Metropol.** Neuestes! Allerneuestes!  
**Apollo.** Die Liebesinsel. Specialitäten.

**Bunte.** Der Postillon von Lonjumeau.  
**Kleines.** Nachtasyl.  
**Trianon.** Die Notbrücke.  
**Wintergarten.** Specialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Wassergarten.** Specialitäten.  
**Urania.** Taubenstraße 48/49.  
Das Land Tirol.

**Invalidenstrasse 57/62.** Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

**Central-Theater.**  
Täglich, abends 7 1/2 Uhr:  
**Madame Sherry.**

Operette in 3 Akten von Hugo Feltz.  
Sonntag, 17. Mai, nachm. 3 Uhr, halbe Preise. In erster Forderung:  
**Die Fledermaus.**

Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.  
Abds. 7 1/2 Uhr: **Madame Sherry.**

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstr. 72/73. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Auf eigenen Füßen.**

Große Fosse mit Gesang in 4 Bildern.  
Morgen: **Auf eigenen Füßen.**  
Sonnabend, 9 1/2 Uhr: **Charles's Tante.**

**Residenz-Theater.**  
Direktion: Sigmund Lautenburg.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Zum 101. Male:

**Lutti (Louie).**  
Schwank in 4 Akten von Pierre Beder.  
Donnerstag, zum 1. Male:  
**Lustige Ehemänner.**

Vorher: 3. Male: **Nach dem Valle.**

**Trianon-Theater.**  
Georgenstraße,  
zwischen Friedrich- u. Invalidenstraße.  
Abends 8 Uhr:

**Die Notbrücke.**  
Lustspiel in 3 Akten von Fred Gröbke und Francis de Croisset.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: **Die Liebesinsel.**

**Casino-Theater.**  
Loffingerstr. 37.  
Täglich, auch Sonntags, Anf. 8 Uhr.  
Um 9 1/2 Uhr:

„Unser **Goldjunge**“  
Vorher das wohl neue Programm.

**Metropol-Theater.**  
Mit glänzender Ausstattung.

**Neuestes! Allerneuestes!**

Revue in 5 Bildern v. Jul. Freund.  
Musik von Victor Holländer.

**Emil Thomas a. G. Josef Josephi.**  
**Henry Bender.**

**Frid-Frid.** Flora Siding. Wini Grabitz.  
300 Mitwirkende.  
Im dritten Bild:  
**Eine Sitzung bei Anna Rothe.**  
**Grandioses Ballett.**

Anfang 8 Uhr.  
— Rauchen überall gestattet. —

**Etablissement Buggenhagen**  
am Moritzplatz.  
Jeden Tag:

**Konzert**  
des berühmten Orchesters des Signor Vincenzo Ferrara.

Donnerstag, Sonnabend, Sonntag  
im Kaiser-Saal: **Tanz.**

**Urania.**  
Taubenstrasse 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Das Land Tirol.**

**Sternwarte**  
Invalidenstrasse 57/62.  
Sonntags 3 Uhr.  
Anfang: Wochentags 5 Uhr.  
Ende 11 Uhr.

**Passage-Theater.**  
Josephine Delcliseur  
erregt allabendl. Lachsalven  
als Berliner Bäckerjunge.

**Lola Loyd**  
**Cake Walk.**  
**Oscar Klein**  
(Tyll Eulenspiegel).

Ganz Berlin zerbricht sich  
schon den vierten Monat  
den Kopf über **AGA!**  
die schwebende Jungfrau!  
14 neue erstklassige Nummern.

**Gastans Panoptikum.**  
Friedrichstr. 165.  
Mit seinen weltberühmten  
Wachsfiguren  
u. unzähligen andern Sehens-  
würdigkeiten!

**Neu! Princess Bohatlo,**  
die  
Kolossal-Indierin aus Singapore.  
**Neu! Carlo Rigo** mit seiner  
Wiener Elite-Kapelle.  
Cleo Otéro — Pythia — Anthropos.

**Avis! Wochentags ab 7 1/2 Uhr**  
Eintrittspr. nur 25 Pf.

**Belle-Alliance-Theater.**  
Freigesprochen  
Komödie in 1 Akt von H. de Corde  
und G. Rosell.

Hierauf: **System Aubert.** Komödie  
in 3 Akten v. G. Roland u. Pierre Nozand  
Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
5. kleinen Breiten: **Winterschlaf.**  
Am 16. Mai cr.: Eröffnung d. prachtv.  
Sommergartens — Künstler I. Rangos.

**Apollo-Theater.**  
Zum 8. Male: **Die Liebesinsel.**  
Berliner Ausstattungs-Burleske in  
3 Akten von Benno Jacobson.  
Musik von C. Stix.  
Im 3. Akt: Die lebenden Briefmarken.  
• **Grosses Post-Ballett.** •  
Vorher: Glänzendes Specialitäten.

**Kleines Theater.**  
Unter den Linden 44.  
Anfang 8 Uhr.

**Nachtasyl.**  
Neues Theater  
Schiffbauerdamm 4a-5.  
Anfang 7 1/2 Uhr:

**Pelleas und Melisande.**  
Freitag: 1. Gastspiel Hansi Niess.

**Carl Weiss-Theater.**  
Große Frankfurter-Strasse 132.  
**Jugendstürme.**

Anfang 8 Uhr.  
Morgen: **Der Liebe Gebot.**  
Freitag: **Tise Römer.** Sonnabend:  
**Jugendstürme.**

Im Sommergarten: Täglich großes  
Konzert, Theater- und Specialitäten-  
Vorstellung. In Vorbereitung: Das  
Geheimnis des roten Hauses.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Robert Dill.  
Brunnenstrasse 16.  
Heute: **Geschlossen.**  
Donnerstag: Benefiz für Carl Reich:  
**Die Ahnfrau.**

**Sanssouci.**  
Donnerstag, Sonntag und  
Montag:  
**Hoffmanns**  
Norddeutsche Sänger.  
Nach der Vorstellung:  
**Tanz-Fränzchen.**  
Vereinsbillets gültig.

**Königstadt-Kasino.**  
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.  
Nur noch bis 15. d. M.  
**Franz Sobanski.**  
Das böse „Sch.“ Pöffe in 1 Akt.  
Bei günstiger Witterung im herr-  
lichen Sommergarten.  
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag:  
**Tanz.**

**Schiller-Theater.**  
**Schiller-Theater O.**  
(Wallner-Theater).  
Mittwochabend 8 Uhr:  
**Die Hexe.**  
Trauerspiel in 5 Akten v. H. Pflger.  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Hedda Gabler.**  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Hedda Gabler.**

**Schiller-Theater N.**  
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).  
Mittwochabend 8 Uhr:  
**Jugendfreunde.**  
Schauspiel in vier Aufzügen von  
Ludwig Fulda.  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
Zum erstenmal:  
**Im weissen Rössl.**  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Im weissen Rössl.**

**Hasenheide Neue Welt** Arnold Scholz  
108-114  
Donnerstag, den 14. Mai 1903:  
**Grosses Militär-Konzert.**

Anfang 6 Uhr. — Entree 20 Pf. 1509L  
Kaffeeküche. 3 Kegelbahnen. Russische Rutschbahn.  
Donnerstag, den 21. Mai (Himmelfahrtstag):  
**Gala-Specialitäten-Vorstellung.**

**Hasenheide Neue Welt** Arnold Scholz  
108-114  
Sonntag, den 17. Mai 1903:  
**Grosses Militär-Doppel-Konzert**

Nach dem Konzert:  
**Grosser Familien-Ball.**  
2 Ball-Orchester. 1510L  
Kaffeeküche. 3 Kegelbahnen. Russische Rutschbahn.  
Avis! Donnerstag, den 21. Mai (Himmelfahrtstag):  
**Gala-Specialitäten-Vorstellung.**

**Brauerei Friedrichshain**  
früher Lipps (Oekonom: E. Niemann), am Königsthor.  
Grösster Konzertsaal und Garten Berlins.

Heute Mittwoch und nur noch einige Tage:  
**Populäres Konzert**  
von **Johann Strauss**

Kaiserlich und Königlich Oestreichischer Hofball-Musikdirektor  
mit seiner gesamten Kapelle aus Wien.  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf., Reserv. Platz 1 M.

**Bernhard Rose-Theater**  
Badstraße 58.  
Mittwoch, den 13. Mai 1903:  
**„Auf fremder Erde“**  
oder: **„Die Nacht des Goldes“.**  
Romant. Lebensbild mit Gesang in  
3 Akten (4 Bildern) von Carl Emmer.  
Anfang 8 Uhr.  
Nach der Vorstellung: **Tanz.**  
Sonnabend, 16. Mai: Benefiz für  
G. Kibrecht: **Goldener Boden**  
mit Hel. Eisa Krost a. G.

**Reichshallen.**  
Stettiner Sänger.  
II. a.: Bühnengrößen  
und Anna Pote, das  
Blumenmodium.  
Anfang 8 Uhr.  
Wochentags 7 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

**Bur Probe! Beste Kaffeemesser**  
der Welt!  
empf. gegen Nachnahme od. vorh. Nachf.  
Fritz Hammerfahr, Gasse, Solingen,  
Stahlwarenfabrik und Versand.  
Diamantstahl-Kaffeemesser N. 2.,  
bezgl. Silberstahl  
N. 2. — mit Stahl  
Streichmesser mit  
Wolfram 1.30, Pinzel  
u. Nopf 0.50, Seife  
0.25, Nähnähren N.  
2.50, Kompf. Nähnähren  
in ihrem  
Stahl N. K. —  
Katalog mit über  
3000 Gegenständen, wie: Messer, Scheeren,  
Essen, Wägen, Feder-, Gold- u.  
Silberwaren, erhält jeder free. um-  
sonst. Bitte zu verlangen. Für Wieder-  
verkäufer beste Bezugsquelle.  
Nachdruck verboten.

**Charlottenburg**  
Krummestrasse 5  
Anfertigung feiner  
Herren-Garderoben nach Maass  
von Karl Ehring, Schneidermeister.  
Stofflager, englische u. deutsche Stoffe.  
Solide Preise. 15152\*

**Meine Damen!**  
Jetzt  
**Saccos**  
**Blusen**  
**Röcke**  
Reste zu Saccos, Kleidern,  
Herren-Anzügen etc.  
billiger. 1370L\*  
47 Wrangelstr. 47, part.  
(Kein Laden.)  
Hochbahnhof Schlessisch-Thor.

**Direkt von der Fabrik:**  
**Humboldt-Fahrräder**  
früher Blitz,  
gegr. 1883,  
sind auch 1903  
die billigsten u.  
allerbesten  
von 30 Mk. an.  
Teilszahlung:  
26" Luftschluche 2.00 Mantel 2.50  
do. 2.75 3.00 3.50 do. 3.50 5.00  
28" Luftschluche 2.00 Mantel 4.00  
do. 2.50 3.25 4.50 do. 4.75 5.50  
Reparatur-Werkstatt  
für Motorwagen.  
Sämtliche Zubehörsartikel billigst.  
Berlin, Weinbergsweg 4.

**Land 2 Mark**  
für westlicher  
Borori, Boden-  
Abnutzung Ver-  
zelle 60 Pf.  
300 Mark, nur mündlich, verkauft  
Hinsche, Wischmannstr. 1. 10132\*

**Reste**  
zur [708L\*]  
Damen-Mantel-Konfektion und  
Kinder-Garderobe.  
Futterselken, Besatzartikel.  
Fertige Damen-Mantel und  
Jacketts in grösster Ausw.  
Kostüm-Stoffreste zu vollständigen  
Kostümen u. einzelnen Rücken in  
farbig u. schwarz, enorme Ausw.  
**G. PELZ,**  
4. Kottbuser-Strasse 4.

**Freigemeindliche**  
**Predigervakanz!**  
Die Stelle des Predigers an der  
freien religiösen (evang.-luthol.) Ge-  
meinde zu Königsberg (Strehren)  
ist baldmöglichst neu zu besetzen.  
Gefällige Anfragen bezüglich der  
näheren Bedingungen werden bis  
Mitte Juni cr. erbeten an den der-  
zeitigen Vorsitzenden 130/2\*

**Dr. J. Rupp,**  
Königsberg (Preußen),  
Vorder-Rohgarten 55.

Erlaube mir zum Quartals-  
wechsel auf meine seit vielen  
Jahren bestehende **Möbel- und**  
**Polsterwaren-Fabrik** ganz er-  
gebenst hinzuweisen. Das jahre-  
lange Renommee, welches ich bei  
dem tausenden Publikum seit  
meinem mehrjährigen Bestehen  
geniesse, bürgt für solide und  
dauerhafte Ausführung meiner  
Waren.  
Ein Netter Versuch wird Sie  
von meiner allseitig an-  
erkannten Leistungs-  
fähigkeit über-  
zeugen.

**Möbel- und**  
**Polster-**  
**waren-Fabrik**  
von 12342\*

**R. Rosien**  
Tapezierer u. Dekorateur  
**26 Schweitzerstr. 26**  
an der Kastanien-Allee.

**Achtung! Vereine!**  
Zum Juli, August sind noch mehrere  
Sonnabende zu Theater, Bällen und  
Sommerfesten frei unter ganz günstigen  
Bedingungen.

**F. Scholz' Festsäle und Garten,**  
Große Frankfurterstrasse 74.  
Auch steht mein Saal zu Ver-  
sammlungen zur Verfügung.  
Jeden Sonntag: **Großer Ball.**  
Anfang 4 Uhr. 13922\*

**Für 30 Mark**  
veinvollenen Anzug nach Maß. Tadel-  
loser Sitz, feinste Luthaten.  
Der selbst Stoff giebt, fertige  
elegante Anzüge 1508L\*

**für 18 Mark.**  
Garantie: gute Luthaten.  
Schneidermeister,  
B. Goldstein, Münzstr. 25, 1 Trepp.

**Anzüge nach Maß für**  
Herren- u. Knaben  
größte Auswahl in in- u. aus-  
ländischen Stoffen für Paletots,  
Anzüge, Reinkleider etc., werden  
unter Garantie des guten Sitzes  
zu überaus billigen Preisen  
schnellstens angefertigt im Zuschneide-  
bet **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

**J. Grünberg,**  
**N. Boyenstr. 44**  
Wollen Sie sich elegant und  
billig kleiden, so kaufen Sie bei  
**J. Grünberg,**  
**N. Boyenstr. 44.**  
**Grösste Auswahl**  
der feinsten  
**Kavalier- und Monats-**  
**Garderoben.** 1443L\*

Die bestkündenden 14362  
**Grundbänder und Leibbinden**  
liefert **A. Reiche, Bandagist,**  
Zehelstraße 15.  
Lieferant für alle Krankenhäuser.

**Dr. Simmel,** Prinzen-  
Str. 41.  
Specialarzt für [98/14\*]  
**Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4

**Zucht- und Legehühner**  
erkauft **Otto Pich, Berlin, Zionstr. 8.** [14722\*]

**Hüte!** Herrenhüte von 1,50 an  
Knabenhüte „ 0,75 „  
Größtes Lager in Strohhüten  
von den einfachsten bis zu den feinsten Genres.  
**Schirme** zu außergewöhnlich billigen Preisen.  
Mützen, Krawatten. 7812\*

**Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2,**  
Ecke Stallherstraße.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den 6. Berliner Reichstags-  
Wahlkreis.  
**Todes-Anzeige.**  
Am Sonntag, den 10. Mai, ver-  
starrt plötzlich unter alles Mitglied  
und früherer Kassierer  
**Fritz Lietzke.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute —  
Mittwoch — nachmittags 5 Uhr,  
vom Trauerhause, Brunnenstr. 41,  
aus nach dem Friedhof der Frei-  
religiösen Gemeinde in der Pappel-  
Allee statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
247/16 **Der Vorstand.**

Am Sonntag früh verstarb plötz-  
lich unser Parteigenosse  
**Fritz Lietzke.**  
In ihm verlieren wir einen der  
bravsten und begeistertsten Ge-  
nossen. Trotz schwerer Leiden hat  
er lange Jahre stets in den  
vorhersten Reihen in unserem  
großen Kampfe gestanden und  
in voller Hingebung emsig unsere  
Ideen propagiert. So werden  
wir ihm — ein Vorbild für  
viele — ein ehrendes Andenken  
bewahren.  
Die Beerdigung findet heute,  
Mittwoch, den 13. Mai, nach-  
mittags 5 Uhr, vom Trauerhause,  
Brunnenstr. 41, aus statt. 219/14  
**Die Vertrauensleute**  
des 6. Kreises.

Nach langem schweren Leiden  
verstarb am 10. Mai cr. mein  
lieber Mann  
**Karl Kämpfert**  
im 42. Lebensjahre. Um stille  
Beileid bittet tief betrübt  
die trauernde Witwe  
**Franziska Kämpfert geb. Krüger.**  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch nachmittags 1/2 6 Uhr vom  
Trauerhause Sidingenstr. 6 aus  
statt. 15172

Am 11. d. M. entschlief sanft  
nach kurzem schweren Leiden mein  
innig geliebter Mann, unser guter  
Vater, Großvater, Schwiegervater,  
Schwager, Onkel, der Bayer  
**Eduard Beständig**  
im Alter von 54 Jahren.  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 14. d. M., nach-  
mittags 4 Uhr, von der Halle des  
Emmaus-Friedhofes, Hermann-  
straße, aus statt. 13106  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
Bermaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Klempner  
**Karl Vogel**  
am 10. Mai verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 13. Mai, nach-  
mittags 6 Uhr, von der Reichen-  
halle des Emmaus-Friedhofes in  
Altdorf, Hermannstraße, aus statt.  
Nege Beteiligung erwartet  
116/19 **Die Ortsverwaltung.**

**Blumen- und**  
**Kranzbinderei**  
**Richard Engelke,**  
Reichenberger-Strasse 164,  
Ecke Mariannenstr.  
Specialität: **Vereinskränze.**  
**Paul Liere,** amtlich geprüft, Massour  
und Holzgehilfe, jetzt:  
"Alte Schönhäuserstr. 16,  
1 Trepp., 4-6 Uhr täglich. 88/8\*



46. Ziehung 4. Klasse 208. Kl. Preuß. Lotterie.

Stellung vom 12. Mai 1933, vermittelt.
Aus der Gesamtheit der 232 Kl. sind die betreffenden Nummern in folgender Reihenfolge gezogen worden.

112382 451 529 014 70 80 [1000] 113000 492 609
21 43 856 982 114291 385 421 [500] 22 622 83 719
990 115950 105 8 25 77 92 287 310 538 650 841 871
908 10 116064 [3000] 142 97 488 81 619 [500] 949
117015 35 126 577 842 118143 39 358 438 683 759
83 871 985 119082 44 99 165 243 46 416 808

47. Ziehung 4. Klasse 208. Kl. Preuß. Lotterie.

Stellung vom 12. Mai 1933, vermittelt.
Aus der Gesamtheit der 232 Kl. sind die betreffenden Nummern in folgender Reihenfolge gezogen worden.

110314 73 542 80 [3000] 702 802 27 51 602 11118
59 69 90 337 [3000] 59 51 388 83 804 112341 419
725 906 113075 135 [1000] 279 346 661 839 114157
616 729 893 [500] 115223 290 663 [3000] 705 935
116145 332 90 601 41 71 730 57 117057 58 189 292
81 332 424 207 48 82 [1000] 699 709 977 118131 922
233 46 419 694 741 [500] 64 93 984 119006 211 82

Verkäufe.
Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5. Nur das erste Wort fett.
Wörter mit mehr als 15 Buchstaben schälen doppelt.

Kleine Anzeigen.
Verschiedenes.
Unfallfassen, Rechtsbureau, Eingabengefäße, Räder, Kleinfahrzeuge, etc.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Prozeß gegen die Pommernbank.

Achter Tag.

In der heutigen Sitzung wird zunächst Direktor Lantzen von der Berliner Hypothekbank, der Rechtsnachfolgerin der Pommernbank, über den Wert des Terrains Schönhauser Allee, Süd, vernommen. Er behauptet, daß für ein Eckgrundstück dieses Terrains der Berliner Hypothekbank ein Angebot von 735 M. pro Quadratmeter gemacht, dieses Angebot vom Aufsichtsrat aber abgelehnt worden sei, da Mejer 1250 M. haben will. Die Tage der Angeklagten Hanel und Wohl lauteten seiner Zeit auf 900—1100 M. pro Quadratmeter, die Schätzung der staatlichen Revisionskommission hat nur einen Wert von 400 M. pro Quadratmeter angenommen.

Hierauf wird die Entwicklungsgeschichte des Terrains Pankow II (Wollank) verhandelt. Die Immobilien-Verkehrsbank hatte dies Terrain in der Substation am 1. April 1898 erstanden, nachdem sie vorher den Anteil der Frau von Jollhofer-Altenlingen — 1/4 — an den Grundstücken für den Preis von 500 000 M. erworben hatte. Die jetzige Größe beträgt 140 318 Quadratmeter netto Bauland für Fabrikanlagen, 300 540 Quadratmeter netto Bauland für Wohnhäuser, zusammen also 440 858 Quadratmeter, welche der Pommernbank verpfändet sind. Fernere 11 047 Quadratmeter sind für Amtsgericht und Schule abgetreten, 143 802 Quadratmeter sind der Streckbank verpfändet. Der Kaufpreis betrug 2 692 602 M. Es liegen drei Tage der Angeklagten Hanel und Wohl vor: eine Tage von 1898 läuft auf die Summe von 6 065 620 M., eine Tage von 1899 auf die Summe von 6 332 500 M. hinaus. Nach der Zerlegung der Terrain in einzelne Blöcke im Oktober 1900 für diejenigen 11 Blöcke, deren Hypotheken als Pfandbrief-Hinterlage benutzt wurden, eine Tage von 15 585 318 M., für die übrigen 4 Blöcke von 5 485 342 M. abgegeben worden. Die staatliche Kommission hat eine „Beleihungsgrenze“ für die Pfandbrief-Hypotheken angenommen.

Angell Schuly giebt über die etwas verwickelte Entwicklung des ganzen Beleihungsgeschäfts vom Gute Wollank folgende Darstellung: Die Wollank'sche Gutsbesitzung, ca. 500 Morgen groß, war im Besitze mehrerer Erben, die sich auf dem Wege der freiwilligen Substation auseinandersetzen wollten. Die Mitbesitzerin, Frau Lieutenant v. Jollhofer-Altenlingen, wollte sich gern ihres Anteils entäußern. Die Immobilien-Verkehrsbank kaufte diesen Anteil zu einem im Verhältnis zum Werte des Objekts äußerst geringen Preise. Derjenige Teil der ganzen Besitzung, den die Immobilien-Verkehrsbank später erstand, sei vom gerichtlichen Sachverständigen seiner Zeit auf ca. 10 Millionen Mark bewertet worden. Die Pommernbank hatte der Immobilien-Verkehrsbank zugesagt, den betr. Teil der Besitzung, auf welcher auch die zur vollständigen Gutsbewirtschaftung erforderlichen Baulichkeiten vorhanden waren, erstellig innerhalb der statutenmäßigen Grenze zu beleihen, falls die Immobilien-Verkehrsbank ihn erstehen sollte. Diese Zusage habe durchaus im Interesse der Pommernbank gelegen, denn die Immobilien-Verkehrsbank, als Hypothekenschuldnerin der Pommernbank, verbesserte ihr Vermögen. Die Immobilien-Verkehrsbank habe dann in der Substation den fraglichen Teil zu dem Spottpreise von 2 692 602 Mark erstanden. Die Pommernbank habe nun ihrer Zusage gemäß die Besitzung der Immobilien-Verkehrsbank zur ersten Stelle auf Grund der vorläufigen Tage der gerichtlichen Sachverständigen mit 8 600 000 M. beleihen. Die erstellige Hypothek der Pommernbank habe innerhalb 60 Proz. des von den Sachverständigen ermittelten Wertes gelegen.

Ueber die Beschaffenheit der Besitzung der Immobilien-Verkehrsbank zu Anfang 1898 müßte er folgendes sagen: Die Immobilien-Verkehrsbank hatte den Teil eines Gutes, ca. 200 Morgen groß, mit vollständiger Gutsbewirtschaftung und Wirtschaftsgebäuden versehen, erstanden, von dem aus der übrige, von den Erben erstandene Teil des Gutes dem Pächter mitbewirtschaftet wurde. Das Gut war noch bis 1910 verpachtet, der Frau des Pächters, Frau Witwe Schwarze, stand lebenslängliches Nutznießungsrecht an Wohnhaus und auch am Park zu. Der Teil der Besitzung an der Berlinerstraße, der vor dem Park und Wohnhaus lag, war aber von der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft vom Pächter auf Jahre abgepachtet worden. Ein Zugang war auch dort nicht möglich, ein Bebauungsplan sei noch nicht aufgestellt gewesen, der Pächter hielt noch ganz bergnützig Jagd auf der Besitzung ab. Mit unendlichen Mühen und Anstrengungen, teilweise erst nach Durchführung eines gegen die Pferdebahn-Gesellschaft bis zum Reichsgericht gelangenen Klageprozesses sei es gelungen, alle Schwierigkeiten zu überwinden und das Terrain baureif zu machen. Ebenso sei es der Immobilien-Verkehrsbank nach unglücklichen Anstrengungen gelungen, die allerhöchste Genehmigung des Bebauungsplanes für diesen Teil von Pankow (östlich der Berlinerstraße von der Kaiser Friedrichstraße bis zum Bahndamm) herauszubekommen. Die Immobilien-Verkehrsbank habe sich sodann die Errichtung des Amtsgerichtsgebäudes auf ihrer Besitzung gesichert, sie habe mit der Gemeinde ein Abkommen wegen Errichtung eines größeren Schulgebäudes getroffen. Nachdem alle diese den Wert des Terrains steigenden Ereignisse eingetreten waren, sei eine neue Werthschätzung durch die Sachverständigen Wohl und Hanel vorgenommen und der Wert der Besitzung, wie sie lag und stand, zusammen auf 21 070 086 M. festgestellt worden. Erst nach diesem Ergebnis habe die Pommernbank eine Nachbeleihung offeriert.

Der Angeklagte setzt als Resultat der ganzen Transaktion auseinander: Die Pommernbank habe erstellige Hypotheken im Betrage von 8 770 000 M. erstanden, die innerhalb 60 Prozent des von den Sachverständigen ermittelten Wertes lagen, sie hatte dagegen für die volle Valuta nach Abzug der entstandenen Kosten zweifelhafte, nicht unterlagfähige Hypotheken, die nach den Tagen der Sachverständigen über 60 Proz. des ermittelten Grundstückswertes eingetragen waren, verkauft und hatte auf diese Weise eine grobartige Verbesserung ihres Hypothekenbestandes vorgenommen. Die Schätzung der staatlichen Revisionskommission bezüglich des Resthauptgrundstücks (durchschnittlich 200 M. pro Quadratmeter) sei absolut falsch.

Angell Hanel verteidigt auch hier die Richtigkeit der von ihm abgegebenen Tagen. Wegen die ursprüngliche Tage bezüglich des Restterrains könne niemand etwas einwenden; die Gemeinde habe bei der Steuereinschätzung 35 Proz. höher geschätzt als er. Die kolossale Steigerung der Tage für das Jahr 1900 erklärt er Angeklagte an der Hand der vom Angeklagten Schuly angeführten einzelnen Ereignisse, die die Steigerung des Wertes zur naturnotwendigen Folge haben mußten.

Angell Wohl schließt sich diesen Darlegungen in jeder Beziehung an und behauptet gleichfalls, daß die Tage vollkommen richtig seien. Staatsadv. Weck ist entgegengelegter Meinung. Um zu beweisen, daß die Angeklagten Wohl und Hanel unzuverlässig in ihren Tagen gewesen, kommt der Staatsanwalt nochmals auf die Beleihung des Gutes Kanfern zurück. Nach dem Vorlaute des die Tage enthaltenden Schriftstücks soll die letztere „auf Grund der Befestigung“ stattgefunden haben, während sich herausgestellt habe, daß keiner von ihnen in Kanfern war. Der Rest der Sitzung wird mit Verlesung von Geschäftsberichten der Immobilien-Verkehrsbank ausgefüllt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Einschätzung der Wählerlisten.

die vom 18. Mai bis 25. Mai bewerkstelligt werden kann, ist in diesem Jahre notwendige als je. Wie sich aus Abschriften ergibt, fehlen die Namen von sehr bekannten Genossen, die bei den

legten und vorletzten Wahlen in die Listen aufgenommen waren und zum Teil heute noch in derselben Wohnung wohnen wie damals. Versäume daher kein Wahlberechtigter, die Listen einzusehen. Die Listen liegen auch am Himmelfahrtstage sowie am nachfolgenden Sonntag auf. Für diejenigen Wahlberechtigten, die verhindert sind, selber die Listen einzusehen, sind

im zweiten Wahlkreise

nachstehende Genossen bereit, die Listen einzusehen. Diese Wahlberechtigten mögen sich also melden bei den Restaurateuren Oskar Kunte, Bülowstr. 59; Jul. Fischer, Voedstr. 7; Pagschte, Gräfenstraße 31; Ferd. Ewald, Schönleinstr. 6; Paul Scholz, Parutierstr. 22, Ecke Joffenerstr. 1; Fritz Preuß, Vellealliancestr. 74a; Vorgfeld, Krenzstraße 35; in den Cigarrengeschäften von Heint. Schröder, Kreuzbergstr. 15; Otto Andric, Steinmetzstr. 60; bei den Restaurateuren E. Lindemann, Moritzstr. 9; Fritz Reichtbach, Hagelsbergerstr. 23; Fritz Ohneforge, Markgrafstr. 102; Emil Seidel, Mittenwalderstr. 16; Joh. Thomsen, Gneisenaustraße, Ecke Mittenwalderstraße; Karl Werner, Hagelsbergerstr. 2; Richard Augustin, Lindenstr. 69; Fried. Lehmann, Lindenstraße, Industriegebäude; W. Schulz, Wasserhorstraße 14; Wilhelm Bruns, Wilhelmstraße 146; Hermann Bartel, Hasenheide 58; Federhart, Voppsstr. 4; Schälke, Bärowaldstraße 1; Krieburg, Urbanstraße 69; D. Werkmann, Grimmstraße 3; Schaller, Gräfenstr. 4; Gutschmidt, Kottbusser Damm 8; Adolf Kiderl, Steinmetzstr. 35; Otto Böttcher, Steinmetzstr. 20; E. Domuth, Lützowstr. 51; Otto Betsche, Lützowstr. 7; A. Ulrich, Lützowstraße 107/8; F. Schulz, Corneliusstr. 4; Klose, Flumenthalstr. 5; S. Kreschmer, Horkstr. 49; Herm. Ziebellow, Horkstr. 87; Schulz, Bülowstr. 21; Domsche, Kurfürsten- und Frobenstraße-Ecke.

Die Versammlung des socialdemokratischen Frauen-Wahlvereins findet heute, 13. Mai, bei Zühlke, Dennewitzstraße 13, statt. Referentin: Genossin Fahrenwald-Hamburg.

Mitglieder können in den Versammlungen wie in den nachstehenden Zahlstellen aufgenommen werden: Für den Norden bei Frau Behl, Lothringenstr. 67; Frau A. Meß, Lychemerstr. 3, vorn IV; Frau Seeger, Kolbergerstr. 26, Laden, und Frau Vausche, Rostoderstr. 43, Seitens. II. Für den Osten bei Frau Lieh, Blumenstr. 63, vorn I, und Frau Wengels, Große Franzfurterstraße 133. Für den Südosten bei Frau Kofka, Wienerstraße 29 im Laden. Für den Süden bei Frau Scholz, Gneisenaustr. 50, Hof IV; Frau Kulise, Prinzenstr. 102 III, und Frä. Vaader, Vellealliancestr. 95, Hof III. Der Vorstand.

Fünfter Wahlkreis. Heute, Mittwochabend 8 Uhr, spricht Genosse Kunert im Schweizergarten am Neuen Königsthor über die Reichstagswahlen. Für zahlreichen Besuch der Versammlung ist zu agitiere. Die Vertrauensleute.

Rixdorf. Heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, findet im Deutschen Wirtschaftshaus, Bergstr. 138/137, die Mitglieder-Versammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins statt. Regen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Treptow-Baumshulweg. Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, hält der Wahlverein im Restaurant Drehler, vormals Weber, Kieholzstr. 6, seinen regelmäßigen Jahlabend ab. Außer Aufnahme neuer Mitglieder findet eine Besprechung über die Flugblatt-Verbreitungen statt. Das Erscheinen aller Genossen, auch derjenigen, welche in Berlin und Rixdorf organisiert sind, ist erforderlich.

Ober-Schöneeweide. Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Kaufhoff, Wilhelmminenhoffstr. 18, die Versammlung des Wahlvereins statt. Reges Besuch, auch der Frauen, wird gewünscht. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Lokales.

Die Wahlpflicht eine sittliche Pflicht.

Unsre kritischen Blätter über den Ethik-Sport jener seltsamen Käuge, die sich um das den Namen „Kampf“ tragende Litteraturblättlein und die Herren Lebenstein und Senna Hoch geschart haben, haben uns außer dem Schreiben des Herrn Lebenstein noch mehrere voluminöse Briefe eingetragen, in denen so nachdrücklich Sturm gegen unsre ethische Verurteilung gelaufen wird, daß wir wirklich in uns gingen und feierlichst Besserung gelobten. Wir fanden uns bei einer gründlichen Inspektion unsres politisch verfallenen Seelenorganismus moralisch so verwerflich, daß wir uns schleunigst einer ethischen Kasackkur unterziehen zu sollen glaubten. Und da es sich gerade traf, daß die Gesellschaft für ethische Kultur gestern abend im Bürgerkaale des Rathauses eine Erörterung des Themas „Ist die Teilnahme an politischen Wahlen eine sittliche Pflicht“ veranstaltete, machten wir sofort den Anfang. Zu unsrer Betrübnisung mußten wir aber zugeben, daß dieser ernste Versuch noch nicht bei uns angekommen hat.

Auch wir der Ethikbaren Nichts-als-Politiker pflegen in unsren Agitationsreden das Thema der Wahlpflicht zu streifen. Der Wähler, der sein Wahlrecht nicht auch ausübe, mache sich einer Pflichtverletzung schuldig. Als Glied des staatlichen Organismus, von dessen Ausgestaltung das Wohl und Wehe der ganzen Gesellschaft abhängt, liege ihm die Nächsten- und Menschenpflicht ob, durch sein Mitwirken möglichst gerechte und vernünftige Zustände mitzuschaffen zu helfen. Ganz falsch sei es, das politische Mitwirken des Einzelnen als belanglos anzusehen, da die Gesellschaft ja doch nichts anderes als die Summe der Einzelnen sei, die Gesetzgebung also das Ergebnis des Zusammenwirkens der individuellen Kräfte. Und dann pflegen wir an zahlreichen Specialbeispielen nachzuweisen, wie vollständig das Schicksal jedes Einzelnen durch die Gestaltung des Staatslebens, seiner socialen und politischen Faktoren, beherrscht und bestimmt wird.

Was thaten nun die Ethiker am gestrigen Abend? Auf die konkreten Verhältnisse des socialen und politischen Lebens gingen sie absichtlich nicht ein. Die Frage, wie man wählen solle, schieben sie sorgsam aus der Diskussion aus, da man die Frage ja nicht politisch, sondern nur ethisch behandeln wollte. Die unaussprechliche Folge davon war, daß man sich in lauter wesenlosen Abstraktionen, auf deutsch: in allgemeinen Redensarten bewegte. Die moralische Pflicht verfuhrte man durch allerhand juristische und philosophische Subtilitäten nachzuweisen, um dann schließlich doch als wichtigstes ethisches Princip die Wirtenschaft zu proklamieren, daß der Staatsbürger als Glied der Gesellschaft ebenso sehr an deren Gedeihen mitzuarbeiten verpflichtet sei, wie er als Glied der Familie für deren Wohlergehen zu sorgen habe. Die ohne Zweifel sehr gut gemeinten Erörterungen boten schließlich dem kritischen Verstande ebenfowenig, wie dem Gefühl, das sich durch allseitige Epimithieren nun einmal nicht erwärmen läßt. An die Referate der Herren Prof. Bruno Meyer und Dr. Rudolf Penzig schloß sich eine Diskussion, die vollends bewies, welche verzweifelt geringen Nutzen eine solche ethische Diskussion, die nur ja nicht materiell, konkret und politisch zu werden trachtet, zu bringen vermag. In der Anerkennung der moralischen Pflicht, das Wahlrecht auszuüben, stimmte man überein. Ueber die Art der Ausübung des Wahlrechts äußerte dann aber — unübersprochen — ein Diskussionvredner die naive Ansicht, daß es bei einer Stichwahl die „ethische“ Pflicht der Minorität zu schweigen. Und als ein anderer

Redner, schon allzu politisch werdend, meinte, daß der Reichstag als Volksvertretung zu geringe Rechte besitze, da die verbündeten Regierungen vom Reichstag gefasste Beschlüsse jederzeit ablehnen könnten, glaubte ihn ein anderer Redner, der sich als Anhänger des Raderschen Freiismus zu erkennen gab, dadurch — unübersprochen! — eines Besseren belehren zu müssen, daß er erklärte, der Reichstag könne unmöglich über ein zu geringes Maß von Rechten klagen, da er ja doch dieselben Kompetenzen habe wie der Bundesrat und auch jeden Antrag der verbündeten Regierungen vertwerfen könne. Als ob nicht der springende Punkt gerade der wäre, daß der Vertretung der Volks-gesamtheit, dem Reichstag, in dem Bundesrat, der Vertretung der Regierungen, ein gleichberechtigter Faktor gegenübersteht!

Wir sind durchaus keine Gegner ethischer Tugend, deren wenn auch noch so bescheidene Thätigkeit wir gerne gelten lassen. Warum sollten wir harmlosen und oft durchaus wohlmeinenden Leuten das Vergnügen verläßlichen, im engen und engsten Kreis ein geistiges Specialgebiet zu beackern? Zurückweisung verdienen diese Leute erst dann, wenn sie sich anmaßen, einer Partei, wie die Socialdemokratie, deren Aufklärungs- und Aufbesserungsarbeit unübersehbare das gesamte Volkleben umfaßt, Engherzigkeit und Einseitigkeit vorzuwerfen. Die Gesellschaft für ethische Kultur thut das nicht, sie hat in anerkannter Selbsterkenntnis ihres Wirkungsbereiches niemals den Spott herausgefordert. Wenn wir ihrer letzten Versammlung gleichwohl einige kritische Bemerkungen widmeten, so geschah das einerseits deshalb, um die Unfruchtbarkeit auch der besagten ethischen Propaganda aufzuweisen, die sich allzu ängstlich aus der rauhen Wirklichkeit der Dinge flüchtet, und andererseits, um zu zeigen, daß die Socialdemokratie auch die ethische Seite politischer Probleme durchaus nicht ignoriert.

Das kommt davon!

In den Wählerversammlungen hat sich in der letzten Zeit mehr und mehr der Brauch eingebürgert, den Ausführungen der Gegner ironischen Beifall zu spenden. Unsre Genossen thun das nicht nur in den Versammlungen anderer Parteien, denen sie als Gäste beizuwohnen zu sollen glauben, sondern über denselben Brauch auch in unsren eignen Versammlungen, wenn hier in der Diskussion ein Gegner der Socialdemokratie seinen abweichenden Standpunkt darlegt. Die Sache erscheint auf den ersten Blick als ein harmloser Spaß, sie ist aber doch nicht so ganz unbedenklich. In einem Falle hat dieser müßige Sport sogar recht bedauerliche Folgen gehabt: er hat bei einem unsrer Gegner zum Ausdruck von Größtwehnen geführt.

Es handelt sich um den Schriftsteller Wegner, den die Konserativen des vierten Wahlkreises unsrem Genossen Singer gegenübergestellt haben. Der beklagte Name hatte es sich in seinen armen Kopf gesetzt, daß er dem deutschen Arbeiter helfen müsse, das Tischtuch zwischen der Arbeiterschaft und der Socialdemokratie zu zerschneiden. Er war in die Wähler-Versammlungen der Socialdemokraten gegangen, um den Arbeitern das Messer zu reichen, mit dem sie den bewußten Schnitt durch das Tischtuch machen sollten, und war so am letzten Donnerstag auch in eine socialdemokratische Versammlung des vierten Wahlkreises gekommen, die im „Elysium“ stattfand. Hier hatte man ihn eine Stunde lang reden lassen und ihn dann mit Beifall überschüttet. Jeder Versändige sah, daß man ihn nur verurteilen wollte, aber Herr Wegner sah das nicht. Er nahm den Beifall ernst und begann, an den Erfolg seiner Riffionsarbeit zu glauben. Die „Staatsbürger-Zeitung“ war so gewillens, ihn in seinem Größtwehnen zu bestätigen — mindestens die Hälfte der Versammlung, so berichtete sie, habe ihm lebhaften Beifall gezollt — und nun haben wir die Geschichte.

Am Montag ist in einer von den Konserativen des vierten Wahlkreises einberufenen Versammlung (über deren Verlauf wir an anderer Stelle berichten) die Krankheit zum Ausdruck gekommen. Herr Wegner beklagte sich bitter, daß ihm der „Vorwärts“, der die Darstellung der „Staatsbürger-Zeitung“ als Schwindel zu brandmarken versucht habe, den Ruhm nicht gönnen wolle, socialdemokratische Arbeiter zu einem Volkssturm hingerissen zu haben. Er blieb dabei, daß der Beifall, den er im „Elysium“ gefunden, echt gewesen sei. Leider unterliegt es keinem Zweifel, daß der Mann in diesem Punkte wirklich glaubt, was er sagt. Er ist jetzt vollkommen davon überzeugt, daß er die Mehrheit der Wähler des vierten Wahlkreises auf seiner Seite hat. Diejenigen, die etwa doch noch zur Socialdemokratie halten, erklärte er für „Einde“. mit stolzem Blick versicherte er, es werde ihm „gelingen, in diesem Wahlkreise Herrn Singer zu entthronen“.

Die anwesenden Socialdemokraten antworteten Herrn Wegner mit einem herzlosen Hohngelächter — dieselben Leute, die ihn im „Elysium“ durch ihren unüberlegten Beifall erst in seinen Bahn hineingetrieben haben! Der Bedauernswerte wird sich nun daran berauschen, daß man ihm mit einem Jubelschrei gedankt habe und die „Staatsbürger-Zeitung“ wird es ihm bestätigen.

Ein rühriger Parteigenosse ist in dem Restaurateur Fritz Liehle dahingeshieden. Seit vielen Jahren thätig, gehörte er zu jenen, die keine Mühe und Arbeit scheuten, in der so aufreibenden und doch für die Partei so wichtigen Kleinarbeit vollständig aufgingen. In zäher Ausdauer stand er auf seinem Posten. Obwohl seit Jahren leidend, war er nicht zu bewegen, auf diese organisatorische und agitatorische Thätigkeit zu verzichten und sich beiseite zu stellen. Ein Braver weniger! Die Genossen des sechsten Wahlkreises werden seiner Thätigkeit ehrend gedenken. Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause, Brunnstraße 41, aus nach dem Friedhofe der Freireligiösen Gemeinde statt.

Zur Mortalitätsstatistik. Im Monat März dieses Jahres sind in Berlin 2797 Personen (1463 männliche, 1334 weibliche) gestorben. Darunter befanden sich 158 Todgeborene. 680 Kinder starben im ersten Lebensjahre; zwei verorbene Frauen hatten ein Alter von über 95 Jahren erreicht. Durch Selbstmord endeten 64 Personen. Unverheiratet waren von den Verstorbenen 1407 (747 männliche, 660 weibliche), verheiratet 899 (550 männliche, 349 weibliche), verwitwet 450 (141 männliche, 309 weibliche), geschieden 24 (14 männliche, 10 weibliche) Personen.

Die Konsumgenossenschaftsbewegung in Berlin zeigt einen andauernd erfreulichen Aufschwung. Die am 1. Juli 1902 zur „Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend, e. G. m. b. H.“ verschmolzenen Vereine haben in den ersten 10 Monaten, also bis zum 30. April, einen Umsatz von ca. 700 000 M. erzielt, also durchschnittlich einen Monatsumsatz von 70 000 M. Der April ist hieran mit einem Umsatz von 80 000 M. beteiligt. — Auch der Konsumverein Charlottenburg, welcher sich der Vereinigung bisher noch nicht angeschlossen hat, hatte im April in seinen drei Verkaufsstellen 11 400 M. gegenüber 9855 M. im April des vorigen Jahres zu verzeichnen.

Ein Eisenbahn-Kuriosum. Heutzutage muß ein jeder, der die Eisenbahn benutzen will, seine Augen offen halten, denn nur dann kann er billig, ja außerordentlich billig reisen. Vor einigen Tagen kam ein Herr in eine sehr unangenehme Lage, als er vom Stettiner Bahnhof abfahren wollte. Er wollte, weil er einen ziemlich umfangreichen Koffer bei sich hatte — ein solches Konstrukt konnte er weder in die „Elektrische“, noch in einen Vorortzug mitnehmen — nach dem Grundbrunnen „reisen“, aber zu seinem Schrecken hatte er auch noch sein Portemonaie vergessen und nach längerem Suchen fand er in seiner Westentasche — einen Sechser! ... Da rief ihm ein Kriminalbeamter: „Gehen Sie doch einmal nach dem

Stettiner Hauptbahnhof, dort bekommen Sie ja schon ein Billet für — 5 Pf. Und in der That erhebt der Gezeichnete ein solches. An diese Geschichte schließt sich aber wieder ein weiteres Eisenbahn-Kuriosum an; denn von jetzt ab braucht man ja am Stettiner Bahnhof auch keine Bahnsteigkarten mehr für 10 Pf., sondern nur Fahrkarten nach dem Gebührensatz für 5 Pf. zu lösen, wenn man den Bahnsteig betreten will. Denn es kann ja niemand gezwungen werden mitzufahren. Ja, schlau muß man sein, wenn man billig reisen will.

Wegen Halschmügerei ist nun auch noch der ständige Reisefährte des Gelhaus verhaftet worden, ein wegen Minderjährigkeit ebenfalls schon verurteilter Schuhmacher Bernhard Kaiser. Gelhaus, der aus einer achtbaren und wohlhabenden Familie stammt, besuchte ein Elektrotechnikum, wandte sich aber nach Vollendung seines Studiums statt Berufsarbeiten der Halschmügerei zu. Bei der Verhaftung seiner ersten Strafe führte er sich so gut, daß er Kalfaktor wurde. Nun hatte er Gelegenheit, seine Mitgefängenen näher kennen zu lernen und auf ihre Fähigkeiten und Anlagen zu prüfen. Während er sah, erhalte er 1000 M. Daher hatte er es nach seiner Entlassung nicht nötig, sich sofort nach einem Erwerb umzusehen, und verbandte nun die erste Zeit darauf, sich nach denjenigen seiner ehemaligen Mitgefängenen zu erkundigen, die er als brauchbar erkannt hatte. So brachte er nach einem vorher gefaßten Plan seine Wände, die dann besonders eine große Menge preußischer Zinscheine füllte, nach und nach zusammen. Dem Lache ist er wahrscheinlich beim Entweichen aus der Zellenanstalt behilflich gewesen. Mit Kaiser bereitete Gelhaus zunächst die Gegend von Brandenburg, Magdeburg, Braunschweig und Hildesheim. Damals traute er sich aber noch nicht so recht, die falschen Scheine auszugeben, und als ihm daher in Hildesheim das Reisegehalt ausging, schrieb er an Lache nach Berlin um ein paar „blauer Lappen.“ Lache war im Stande, dieser Bitte sofort zu entsprechen. Die Wände hatte immer so viel Geld in der Kasse, daß sie jeden Augenblick ihren Mitgliedern da oder dort aushelfen konnte, um sie nicht in Verlegenheit zu bringen und sie vor einer Unvorsichtigkeit zu bewahren.

Einen Zusammenstoß auf der Straßenbahn gab es heute vormittag an der Ecke der Koch- und Markgrafenstraße. Der von der Wilhelmstraße herkommende Straßenbahnwagen Nr. 2382 der Linie 93 (Amtsgericht Charlottenburg—Görlitzer Bahnhof), der schon an der Friedrichstraße beinahe einen Eisenwagen umgerannt hätte und erst zehn Schritte hinter der Haltestelle zum Stehen kam, fuhr an der Markgrafenstraße einen leeren Steinwagen des Führers Staczorowski aus der Liebenwalderstraße. 8 in der Mitte und warf ihn herum, ohne ihn zu beschädigen. Der Staczorowski flog auf den Damm, zerklüft sich beide Hände und wurde durch einen Huftritt eines seiner Pferde auch an der rechten Körperseite verletzt. Den verunglückten Staczorowski triffen übereinstimmende Aussagen von Augenzeugen keine Schuld. Der Führer des Straßenbahnwagens soll nicht gelautet haben. Der Unfall ist aber wohl besonders daraus entstanden, daß die Bremse nur mangelhaft wirkte.

Zwei schwere Unfälle haben sich, wie nachträglich bekannt wird, in der letzten Zeit bei den Übungen des 2. Bataillons des Eisenbahn-Regiments Nr. 2 mit der Schulischen Brigade auf dem Eisenbahn-Übungsplatz Nr. 1 dicht bei Tempelhof zugetragen. Am Donnerstag vor acht Tagen fiel bei dem nassen Wetter der Pionier Reiß von der 6. Compagnie aus einer Höhe von 12 Meter herab, schlug mit dem Kopfe gegen eine eiserne Stütze und war sofort tot. — Am vergangenen Sonnabend stürzte der Leutnant Günzel von der 7. Compagnie 11 Meter hoch ab, ebenfalls von einem durch den Regen schlüpfrig gewordenen Balken. Er wurde mit schweren inneren Verletzungen nach Tempelhof ins Lazarett gebracht.

Ein schweres Verbrechen ist gestern, Montagnachmittag, um 4 1/2 Uhr an einem siebenjährigen Mädchen in Rixdorf verübt worden. Die 9 und 13 Jahre alten Knaben Willy und Otto Weber spielten mit der siebenjährigen Tochter Helene des Arbeiters Krüger aus der Richardstraße Nr. 47 am Wiesenranden in der Nähe der Ganner Chauffee. Beim Blumenpflücken kamen die Kinder aneinander. Mitleidig hörten die Knaben das Mädchen schreien und sahen nun einen Mann nach der Chauffee zu davonlaufen. Frauen, die in der Nähe beschäftigt waren, verfolgten den Flüchtigen, es gelang aber nicht, ihn einzuholen oder sonstige seine Festnahme zu bewerkstelligen. Die Gespielin der beiden Knaben fand man in einer Blutlache liegen. Der Mensch, den man weglaufen sah, hatte sie hinterträts überfallen und ihr den Gesichtsteil mit einem Messer etwa drei Centimeter weit aufgeschnitten. Ob er das Kind auch sonst noch vergewaltigt hat, läßt sich noch nicht sagen, da die Kleine, die alsbald ärztliche Hilfe erhielt, im Fieber liegt und nicht vernehmungsfähig ist. Der entkommene Unhold machte nach übereinstimmender Beschreibung seinem Neuherrn nach den Eindruck eines Schloßers oder Mohrlegers. Er ist etwa 27 bis 30 Jahre alt und 1,75 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und blonden nach oben gedrehten Schnurrbart, ein volles rundes Gesicht mit rötlichblauem Schimmer, an einer Wange eine Wange oder Narbe und schwarze ruhige Hände und trug einen braunen steifen Hut, einen braunen schwarzfarbigen Jacketanzug, ein buntes gestreiftes wollenes Hemd und frischgeputzte Stiefel. Angaben, die zur Ermittlung des Verbrechens führen können, nimmt die Rixdorfer Kriminalpolizei und jedes Revier entgegen.

Traurige Familienverhältnisse haben den 51 Jahre alten Polizeiwachmeister a. D. Friedrich Langanki in den Tod getrieben. Der Mann war seit 22 Jahren verheiratet und Vater von zwei Söhnen im Alter von 19 und 21 Jahren. Zwischen ihm und Frau und Kindern gab es beständig Streit, der öfter auch in Thätlichkeit ausartete. Diese Verhältnisse veranlaßten ihn, seinen Abschied zu nehmen, obgleich er sehr am Dienste hing. Seit dem 1. Januar betrieb er in dem Hause Wilhelm Stolzstraße 12 ein Cigarren-Geschäft, das aber schlecht ging. Der Verlust in der Familie war noch härter als vorher, bis am 15. April Frau Langanki mit ihren Söhnen ihren Mann verließ und nach der Heidenfeldstraße 3 zog. Bis zum 1. d. M. betrieb der Mann sein Geschäft allein weiter, dann gab er es auf und hatte nun keine eigne Wohnung mehr, sondern fand bald hier bald dort bei Bekannten Unterkommen. Nachdem man ihn heute morgen um 6 Uhr noch in einer Gastwirtschaft in der Landsberger Allee gesehen hatte, fand man ihn eine Stunde später im Friedrichshain in der Nähe der Langenbeustraße als Leiche an einem Baume hängen.

Von einem Steinwagen überfahren wurde vorgestern an der Ecke der Garten- und Ackerstraße eine Frau, die im Begriffe war, den Damm zu überschreiten. Sie war sofort tot. Der Kutscher, den anscheinend keine Schuld trifft, wurde festgestellt. Die Ueberfahrene ist nach einigen Ausweispapieren, die man bei ihr fand, eine Wittlerin Auguste Rey geb. Kugner, die wahrscheinlich keine Wohnung hatte.

Die unanrottbare Kaffee, ein schlecht brennendes Feuer mit Petroleum anzufachen zu wollen, hat dem Lehrling des Bäckermeisters Gassenstein in Wilhelmshagen schweren Schaden gebracht. Als er Petroleum in den Kaffee goß, schlug eine große Flamme sofort zurück und verbrannte ihn am Gesicht und am Oberkörper so schwer, daß er nach der Heilanstalt gebracht werden mußte. An dem Aufkommen des Verunglückten wird gezweifelt.

### Aus den Nachbarorten.

Friedenan. Es ist bekannt, daß vielen unserer Hauspächter schon immer Mieter mit Kindern ein Greuel gewesen sind, und besonders in den letzten Jahren bei der herrschenden Wohnungsnot schon das Verhändeln von nur zwei Kindern genügt, um eine ablehnende Antwort zu erhalten. Neuerdings scheinen diese Herren doch zu der Einsicht gekommen zu sein, daß es unmöglich ist, nur kinderlose Mieter zu erhalten, und sie suchen nun wenigstens aus dieser Thatsache peluniären Vorteil zu ziehen. So passierte es dieser Tage einem Mietslustigen, als er auf eine diesbezügliche Frage zugeben mußte, daß er ein Kind im Alter von einem Jahre habe, daß der „Kinderfreund“ bemerkte, daß sich in diesem Fall der Mietspreis um 10 M. jährlich erhöhe! Leider veräumte der Mieter, sich zu erkundigen, in welcher

Progression die Miets mit dem Alter des Kindes oder gar bei einer gelegentlichen Wiedereinkehr von Hund und Katze steigen würde. — Bei den schon ins Ungeheuerliche gestiegenen Mietspreisen für kleine Wohnungen auch noch eine Extrafraße auf jedes Kind zu verlangen, das ist der Gipfel der Unverschämtheit.

Bei dem Rathaus-Kreuzen in Charlottenburg stürzte heute mittag aus der Höhe des 8. Stockes ein 3000 Kilogramm schwerer Sandsteinblock infolge Zerreißen des Flasenzuges herab. Er zertrümmerte im Fallen zwei Balken und durchschlug das Mergelgewölbe; von dem am Bau Beschäftigten wurde zum Glück niemand verletzt.

In eine entsetzliche Lage geriet der Milchhändler Schwandt aus Mahndorf, der mit seinem Fuhrwerk in Berlin gewesen war. Auf der Rückfahrt nach seinem Wohnort begriffen, glitt Sch., bald nachdem er den Vorort Friedrichshagen passiert hatte, jedenfalls infolge einer unvorsichtigen Bewegung vom Wagen und wurde überfahren. Die Pferde gingen weiter, während der Milchhändler, dem der linke Unterarm zertrümmert worden war, auf der Fahrstraße liegen blieb. Der Unglückliche rief längere Zeit vergeblich um Hilfe. Erst nach etwa einer halben Stunde wurde er von vorüberkommenden Radlern aufgefunden, welche aus Friedrichshagen ein Fuhrwerk sowie ärztliche Hilfe herbeifolten.

## Gerichts-Zeitung.

### Eine Polizeimikrohandlung?

Ein aus der Vogelperspektive beobachtetes Abenteuer auf der Polizeiwache lag einer Anklage wegen Körperverletzung zu Grunde, die den Schuhmann Wilh. Heiber vom 14. Polizeirevier gestern vor die vierte Strafkammer des Landgerichts I führte. Am 19. Mai v. J. in aller Frühe war ein gewisser Gustav Krause in stark angetrunkenem Zustande auf die Polizeiwache des 14. Reviers gebracht worden. Er mußte in die Zelle gesteckt werden und verunreinigte dort den Fußboden, so daß er angehalten werden mußte, die Verunreinigung wieder zu beseitigen. Der Wache gegenüber liegt die Centralmarkthalle, auf deren Dach an jenem Morgen mehrere Maler und Arbeiter mit Reparaturarbeiten beschäftigt waren. Sie konnten von ihrem Standpunkt aus in die Räume der Polizeiwache hinein sehen und die Vorgänge sowohl in der Wache, als auch in der Zelle überblicken. Plötzlich rief der Arbeiter Martin Winger: „Da drüben auf der Polizeiwache wird jemand von einem Schuhmann geschlagen!“, der Ruf lockte die auf dem Dach beschäftigten Maler Otto Stolz, Franz Stolz und den Arbeiter Julius Reimann herbei und alle vier behaupteten nun ziemlich übereinstimmend folgendes: Sie hätten gesehen, daß vor dem in der Zelle befindlichen Krause, der wahrscheinlich mit der Säuberung des Fußbodens beschäftigt war, der angeklagte Schuhmann stand und Arm- und Handbewegungen machte, die nach ihrer Ansicht nur den Schluß zuließen, daß Krause gepufft und geschlagen wurde. Sie behaupteten auch, gesehen zu haben, daß letzterer ein feuerrotes Gesicht hatte, und haben die Ueberzeugung gehabt, daß das Gesicht blutbestet war. Sie sind darauf zur Polizeiwache hinübergegangen, haben Mitteilung von ihren Wahrnehmungen gemacht und um den Namen des Arrestanten gebeten, da sie Verwunderung äußern wollten. Die Nummer des Angeklagten hatten sie sich bereits notiert. Sie haben eine Anzeige nicht weiter erstattet, dagegen hat der Reviervorstand Polizeileutnant W o l f s h e i m eine solche gemacht, weil, wie er gestern sagte, die ganze Sache auf ihn den Eindruck der Unsitte machte. Er hat den Krause kommen lassen und dieser hat ihm erklärt, daß er nicht geschlagen worden sei; Krause hat nach der Bekundung dieses Zeugen auch seinerlei Verletzung gezeigt. Dasselbe bekundete Polizeileutnant Kirchner. Dieser hat den Angeklagten vernommen und bei diesem eine Kratzwunde an der Hand wahrgenommen, die auch ärztlich attestiert worden ist. Bei dieser Vernehmung hat der Angeklagte erklärt, daß Krause, als er den Fußboden reinigen sollte, ihn mit dem Fuß nach dem Unterleib gestochen und ihm die Kratzwunde beigebracht habe, so daß er gezwungen gewesen sei, ihn durch einen Schlag auf die Hand von sich abzuwehren. — Von den Beobachtern aus der Vogelperspektive haben die drei zuletzt genannten ihre Wahrnehmung gestern in dem oben mitgeteilten Sinne kund. Der Hauptzeuge Winger, der die behauptete Mikrohandlung zuerst gesehen und die andern herbeigerufen hatte, ist nicht mehr aufzufinden. Von ihm lag nur eine mündliche gerichtliche Vernehmung vor. Auch der angeblich mißhandelte Krause ist nicht auffindbar. Auch er ist mündlich gerichtlich vernommen worden und hat ausgesagt: „Richtig sei es, daß er auf der Wache gestochen und geschlagen worden sei, doch könne er nicht sagen, von wem. Er habe die Zelle verunreinigt gehabt und als er den Fußboden reinigen sollte, habe er dabei Stöße und Puffe ins Gesicht erhalten. Er sei über die Schläge nicht im geringsten empört gewesen (!) und wolle auch gar keinen Strafantrag stellen.“ — Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß man über die Bekundungen der drei Belastungszeugen nicht hinwegkomme. Er nehme an, daß der Angeklagte, gereizt durch das Verhalten des Krause, sich zu einer geringfügigen Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse habe hinreißen lassen. Er beantragte, diese mit 50 M. Geldstrafe zu ahnden. — Zu einer ganz andern Würdigung der Beweisaufnahme kam Justizrat Bronker, der die Freisprechung beantragte. Die ganze Sache sei lange nicht genügend aufgeklärt, da die Zeugen von ihrem Beobachtungspunkte aus doch nicht ganz sichere Wahrnehmungen machen konnten, zumal der Körper des Krause durch den Körper des Angeklagten verdeckt gewesen sei und sie nur des letzteren Armbewegungen gesehen hätten. Außerdem sei die Behauptung des Angeklagten nicht widerlegt, daß ihn Krause angegriffen habe, sie werde vielmehr durch das ärztliche Attest wahrscheinlich gemacht und wenn ein solcher Angriff erfolgt sei, habe der Angeklagte das Recht gehabt, sich seiner Haut zu wehren. — Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte auf Freisprechung des Angeklagten.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist herab das 32. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Polemische Vorträge. — Glosien zum Kongreß von Bordeaux. Von B. Krüger. Die Genfer Arbeiterkammer. Ein Beitrag zur Frage des Arbeitsnachweises. Von Jean Egg. — Die Wurmfraße im Ruhrkohlenbecken. Von Otto Kub. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postämter ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5575 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von den Dokumenten des Sozialismus, herausgegeben von Ed. Bernstein, Verlag J. G. D. Dieck Nachfolger in Stuttgart, ist soeben das 5. Heft des III. Bandes erschienen. Aus dem Inhalt nennen wir: I. Kritische Bibliographie des Sozialismus. 1. In deutscher Sprache. Bulletin des internationalen Arbeitsamtes. Band 1 Nr. 11/12 (November bis Dezember). — Verhandlungsbericht der zweiten Generalversammlung des Komitees der internationalen Vereinigung für geschäftlichen Arbeiterchutz, abgehalten zu Köln am 29. und 27. September 1902. — Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Der Reichstag 1898 bis 1903. — Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der deutschen Maschinenindustrie am Ausgang des 19. Jahrhunderts. Von Dr. G. Ved. Ingenieur. — Die Frauen und die Politik. Von Ella Braun. — Der Sozialismus und das öffentliche Leben. Von A. H. Haffel. — Die deutschen Eisenwerke von 1879 bis 1900. Von Fritz Kellner. — Bevölkerungsbewegung, Kapitalbildung und periodische Wirtschaftskrisen. Von Professor Dr. L. Pöhl. — Die Kartellfrage in Theorie und Praxis. Von J. v. Holtzberg. — Die Volksschule, wie sie ist. Von Otto Kühle. — 2. In französischer Sprache. Golevs, Elie: Thomas Hodgskin. — Jaurès, Jean: La Convention. I. — Ragnot, J.: Le Syndicalisme anglais. — 3. In englischer Sprache. Rablan Society: The Education Act 1902. — Outlines, A. L., and A. Harrison: A History of Factory Legislation. — II. Aus der Geschichte des Sozialismus. Manqui im Jahre 1894. Von A. Thomas (Paris). — Zur Geschichte der sozialistischen Karrieristen. 3. Der Neue Sozialdemokrat und die Agrarfrage. — III. Urkunden des Sozialismus. Urkunden bezüglich des Generalstreiks der holländischen Arbeiterverbände. — IV. Der Sozialismus in den Druckschriften. — V. Roßgen.

Die „Dokumente des Sozialismus“ erscheinen monatlich einmal und sind durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 2,25 M. pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 75 Pf. In der Zeitungspreisliste der Postämter sind die „Dokumente“ unter Nr. 2906 eingetragen, jedoch ist bei der Post nur Quartal-Abonnement zulässig.

Marx oder Bakunin? Eine Entschiedenheit von grundlegender Bedeutung für die Arbeiterpolitik der Gegenwart. 63 Seiten. Verlag J. D. Müller, Görlitz 1903. — Suckpe, Ferd. Ist Alkohol nur ein Gift? Preis 20 Pf. — Frankel, Karl, Professor. Wähligkeit oder Unhaltbarkeit? Preis 1 M. — Grosjahn, Alfred, Dr. med. I. Alkohol und Arbeitsschäfte. 94 Seiten. II. Soll man bei der Arbeit Alkohol genießen? 30 Seiten. — Hilde, Erich, Dr. med. Erhalten Gesellschaft und Staat ihre Pflicht Trunksüchtigen gegenüber? Preis 25 Pf. — Gousser, J. Verein und Wirtshaus. 10 Pf. — Sträßler, G. (Nicht Alkohol Kraut?) Preis 15 Pf. — Warnung giebt es auch für die deutsche Armee eine Alkoholfrage? Preis 10 Pf. — Pottorf, Heinz, Dr. Die Bekämpfung der Trunksüchtigen an deutschen Hochschulen. Preis 10 Pf. — Stubbe, Christian. Der deutsche Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke. (G. V.) Preis 1,50 M., geb. 2.— M. Sämtlich zu beziehen im Wähligkeit-Verlag, Jansenstr. 72.

Weltall und Menschheit. Vierzehnte 31 und 32. Preis pro Lieferung 60 Pf. Deutsches Verlagshaus Bong u. Co., Berlin-Steglitz.

Laurent, Dr. Die Prostitution in Indien. Deutsch bearbeitet von G. Romanus, Dr. med. Eine kulturhistorische Studie. Freiburg i. Br. und Leipzig, Fr. Paul Lorenz, 1903. 60 Pf.

Laurent-Montanus, Dr. med. Prostitution und Entartung. Ein Beitrag zur Lehre von der geborenen Prostitution. Freiburg i. Br. und Leipzig, Fr. Paul Lorenz, 1903. 1,20 M.

## Vermischtes.

Was in einem städtischen Krankenhaus passieren kann! In der „Berg. Arbeiterstimme“ lesen wir: Erst kürzlich wurde die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in unliebsamer Weise auf das städtische Krankenhaus in Solingen gelenkt, als die Leiche des Schleifers Schlegel in der Leichenkammer des Krankenhauses liegen gelassen und der für dieselbe bestimmte Sarg leer nach Wald gefahren und auf dem dortigen Friedhof feierlich beerdigt worden war. Der tragikomische Vorfall wurde von gewisser Seite damit entschuldigt, daß derartige allenthalben passieren könne. Jemand welcher Schluß auf etwaigen Mangel an Sorgfalt und Aufmerksamkeit gegenüber den in der Leichenhalle des Krankenhauses aufbewahrten Leichen sei aus dem einzelnen Falle nicht zu ziehen. Die Öffentlichkeit beruhigte sich denn auch bald wieder. Jetzt hat sich in der Leichenhalle des Krankenhauses aber ein Vorkommnis abgepielt, das die Gemüter derjenigen Schichten der Bevölkerung, welche das Krankenhaus zu frequenteren Besuchen sind, wohl etwas nachhaltiger in Erregung zu versetzen geeignet sein dürfte. Am Montag ist im Krankenhaus der 51-jährige Erdarbeiter Andreas Penquitt aus der Rattenbergerstraße verstorben und dann in die Leichenhalle geschafft worden, von wo er heute morgen 9 1/2 Uhr beerdigt worden ist. Kurz vorher erschien die Frau des Verstorbenen bei dem sozialdemokratischen Stadtverordneten Forkert, machte diesem die Mitteilung, daß die Leiche ihres Mannes von Ratten oder Mäusen angegriffen worden sei, und forderte den Genossen Forkert auf, sich durch persönliche Inaugenscheinnahme der Leiche von der Richtigkeit ihrer Behauptung zu überzeugen. Genosse Forkert setzte die Redaktion der „Bergischen Arbeiterstimme“ von dem Vorfall in Kenntnis und ersuchte den Redakteur Dittmann, ihn zu begleiten. Als die beiden vor dem Krankenhaus anlangen, hatten sich die Frau des Verstorbenen und eine Anzahl anderer Leidtragender dort bereits eingefunden. Eine Schwester öffnete die Thür zu dem Vorrath der Leichenhalle, wo der geschlossene Sarg stand. Auf Verlangen der Anwesenden wurde der Sarg vom Tischler nochmals geöffnet, und nun bot sich ein Anblick dar, der die Behauptung der Frau vollkommen bestätigte: Die Leiche war von Ratten oder Mäusen mehrfach angegriffen. An der linken Hand, wo der Daumen am Handgelenk sitzt, war ein pfenniggroßes, rundes Loch so tief ausgegabt, daß die Sehnen und Knochen bloßlagen. Vom rechten Auge bis zum rechten Ohr war eine fingerbreite Rinne bis auf den Knochen ausgegraben, in der rechten Wange waren 5 bis 6 baselstuhlgroße, runde Löcher ausgegabt und das rechte Ohr stark angegriffen, der Ohrapparat war gänzlich verschwunden. Der zur Rede gestellte Pflichtenarzt meinte, sowas könne ganz leicht passieren und sei nicht zu verhindern!

## Briefkasten der Redaktion.

### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geschäfts- 7 Uhr.

Unwissen 22. 1. So. 2. Zweites Verringerung der Ausbentung und Erleichterung der Durchführung eines Rechtsstreites des Arbeiters. — G. B. S. Ja. — M. M. 26. Lassen Sie sich oder einen Dritten vom Gericht zum Pfleger Ihrer geisteskranken Frau bestellen; dann genügt die Zustimmung des Pflegers. — A. B. Das Betreten des Grundstücks zwecks Hundüberfahrens der bestellten Wäre ist der Käufer zu verbieten nicht berechtigt. Teilen Sie ihm mit, daß Sie ihn zu dem Verbot nicht für befugt erachten und von ihm ihm vollen Schadenersatz verlangen würden, wenn er das Hundüberfahren der bestellten Wäre hindern würde. — Streitfrage. 1. Ihre Forderung geht in den Konkurs. 2. Sie wählen dort, wo Sie zur Zeit der Auslegung der Wählerliste gewohnt haben und eingetragen sind. — B. 30. 1. Es wird schwerlich mehr zu erreichen sein. Eventuell müßte innerhalb eines Jahres geklagt werden. 2. Sie sind wahlberechtigt, wenn Sie in der Wählerliste stehen. — 1876. alter Abonnent. Die Rente ist ohne Rücksicht auf Ihren Verdienst Ihnen zu zahlen. — J. Ja. — Heibelberg 2. Sie sind am 1. d. M. Ihren Aufenthalt wahlberechtigt, müssen sich aber dort vor dem 25. Mai polizeilich anmelden. — C. M. 5. Wenden Sie sich an das Vormundschaftsgericht mit dem Erjuden um Auskunft. — G. B. R. R. Soweit ersichtlich, kann der Weg nicht fortgenommen werden. — G. B. 12. Unterbreiten Sie den Sachverhalt der Staatsanwaltschaft und verlangen Sie Rückzahlung von dem Kurpfuscher, weil er Ihre Frau durch die Behauptung, er könne heilen, und durch die Behandlung betrogen hat. — Albert 2. Eine Klage gegen den Wirt wäre auschüßlos. — G. B. Ein Anspruch auf Rückzahlung steht Ihnen nur gegen die Unterzeichner der Quittung zu. — A. D. P. 1. Ja. 2. Nein. — P. 2. Eine Verleumdungslage wäre nicht ausschüßlos. — W. B. Für gestohlene Sachen ist der Schlafoster nur dann ersatzpflichtig, wenn ihn ein Verurteilter trifft. Ob ein Verurteilter vorliegt, ist unter Würdigung aller Umstände von Fall zu Fall zu entscheiden. — F. G. 7. M. G. Rixdorf. Nein. — W. Lenz 100. 1. Sie können nur auf Verweisung des Rats gegen den Wirt klagen. 2. Sie sind wahlberechtigt. — A. P. Sie müssen vor Notar oder vor Gericht einen Vertrag schließen. — W. B. Nein. — P. P. 100. Nein; Sie müßten ein eigenhändiges Testament aufsetzen. Beispiele für solches finden Sie in den öffentlichen Verfallsen in dem dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Führer. — Alter Abonnent 100. Ja. — A. R. 16. Etwa 5 M. können Sie von dem vereinbarten Preis abziehen. — Andre. Beantragen Sie die Verichtigung der Invalidenkarte unter Vorlegung des Trau- und Geburtscheines bei der Behörde, die die Karte ausgestellt hat. — A. 500. Hat der Unfall rechtsgültig der Erbschaft entzogen, so befreit er weder dessen Schulden noch dessen Habe. Ob er aus eigenem Recht den andern befreit, erachtet Ihre Darstellung nicht. — Baucke 96. Ja. Wiederholung des Offenbarungsdelictes kann von fünf zu fünf Jahren bestraft werden. — A. P. Soweit ersichtlich, ist weder Berufung noch Einholung einer Frist erforderlich. Welches kann aber von der Polizeibehörde verlangt werden. — A. W. 100. Sechs bis zwanzig Mark werden als angemessen vom Gericht erachtet.

## Briefkasten der Expedition.

Vroschal, Grotian i. B. Die gewünschte Adresse ist D. Grundmann, Berlin SO., Köpenickerstr. 72.

### Witterungsübericht vom 12. Mai 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. u. G. 10 G. 5 P. 10 N.	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. u. G. 10 G. 5 P. 10 N.
Emmende	756	SE	1	wollig	10	Dapranba	753	SE	2	wollig	8
Damburg	758	N	2	wollig	8	Petersburg	755	D	1	bedeckt	4
Berlin	757	SE	1	bedeckt	10	Gort	762	R	4	wollig	10
Frankf. a. M.	757	SE	1	wollig	9	Aberdeen	757	SE	2	wollig	10
München	758	SE	4	wollig	9	Paris	757	SE	2	wollig	10
Wien	760	SE	1	Dunst	11						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 13. Mai 1903. Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, aber noch veränderlich mit leichten Regenschauern und schwachen südwestlichen Winden. Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.